

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Johannis Efftlinge ❖

Schon wieder trägt der „Grundstein“ den Kollegen eine Trauerkunde zu: Johannis Efftlinge ist gestorben. Die Nachricht muß bei allen, die ihn gekannt haben, Bestürzung hervorrufen. Johannis Efftlinge, dieser baumstarke, gesunde, lebensfrohe Mensch soll tot sein? Im ersten Augenblick erschien es uns ungläublich. Man möchte glauben, man hätte ihn eben noch am Schreibtische sitzen sehen, oder er wäre vor ganz kurzer Zeit mit einem Altensüß im Arm durch die Redaktion gegangen und sei mit einem launigen Scherzwort von uns geschieden. So plötzlich ist es gekommen.

Johannis Efftlinge ist im besten Mannesalter von einer bössartigen Krankheit hinweggerafft worden. Seine Tochter erkrankte vor mehreren Wochen am Typhus. Er widmete sich — es war während seiner Ferienzeit — ihrer Pflege und empfing dabei selbst den Keim des gefährlichen Leidens, ohne es zunächst zu merken. Er arbeitete schon wieder mehrere Tage auf dem Bureau. Eines Sonntags — am 7. August — plagte er über starkes Unwohlsein. Dabei äußerte er schon die Vermutung, daß der Typhus auch ihn gepackt habe, und darger Ahnungen voll ging er nach Hause. Er sollte nicht wiederkommen. Sein Zustand wurde schlimmer, aber er blieb in seiner Wohnung, weil er glaubte, sich dort besser nach der Naturheillehre, deren eifriger Befürworter er war, behandeln lassen zu können. Am 17. August war sein Leiden so schlimm geworden, daß er nun erzwungenermaßen, daß man ihn ins Krankenhaus brachte, obwohl es ihm sauer ankam, sich von seiner Familie zu trennen. Auch die Krankenhausbehandlung konnte ihn nicht mehr retten. Am Abend des 18. August erhielt seine Frau Bescheid, noch einmal zu ihm zu kommen. Bei diesem Besuche war er noch bei völligem Bewußtsein und er selbst ahnte wohl nicht, wie nahe sein Ende bevorstand. In derselben Nacht, morgens gegen 5 Uhr, ist er gestorben.

Die Nachricht von seinem Tode kam uns völlig unerwartet. Wohl kannten wir die Art seiner Krankheit, aber keiner unter uns dachte daran, daß sie das Leben dieses Riesens ernstlich bedrohen könnte. Johannis Efftlinge hatte erst vor etwa drei Jahren ein längeres Krankenlager durchgemacht, es war der Rheumatismus, der ihn arg plagte und schwer herunterbrachte; aber als er das überstanden hatte, erholte er sich schnell wieder. Kein Mensch merkte ihm an, daß etwas zurückgeblieben war, was ihm jetzt verhängnisvoll geworden ist: ein starkgefäßwächtiges Herz. Damit konnte er dem bösen Typhus nicht widerstehen. In den letzten Tagen seines Leidens soll sich auch noch eine Lungenentzündung gebildet haben. So ist unser „Hannes“ schnell und jäh aus seinem Arbeitskreise, aus unsrer Mitte, aus seiner ausgedehnten und vielseitigen Tätigkeit für die Interessen seiner Klassengenossen geschieden. Kein langes Siechtum hatte ihn vorher zermürbt, man kann ihn sich nicht anders vorstellen als einen gefunden starken Mann, dem alles Wehleidige fremd war. So ist er dahingemäht worden und so lebt er in unserm Gedächtnis weiter. Die deutsche Maurerschaft wird sein Andenken treu pflegen, denn er war einer der Männer, die unsre Organisation mit aufbauen halfen.

Johannis Efftlinge wurde am 24. Dezember 1863 zu Hamburg geboren. Bald nach beendeter Lehrzeit, im Jahre 1881, ging er auf die Wanderschaft, die ihn nach vielen deutschen Städten führte. Danach mußte er dem Militarismus drei Jahre seiner Jugend opfern, die er bei der Infanterie in Rendsburg abdiene. Er brachte es dabei bis zum Unteroffizier. Mitte der achtziger Jahre kehrte er in die Heimat zurück und erfor sich Wandbäbel zu seinem dauernden Aufenthaltsort. Hier gründete er sich bald darauf seinen Hausstand. Sofort nach seiner Rückkehr schloß er sich dem dort bestehenden Fachverein an. Auf den Maurerkongressen taucht sein Name zum ersten Male im Jahre 1889 auf, wo er seine Kollegen auf dem Kongress in Halle vertrat. Hier wurde er zum Revisor der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands gewählt. Dann nahm er auch an dem Gothaer Kongress und an dem sich daran anschließenden konstituierenden Verbandstage des Zentralverbandes als Delegierter teil. Der Verbandstag zu Altenburg im Jahre 1894 wählte ihn zum Revisor der Krankenkasse und der Verbandstag zu Magdeburg im Jahre 1897 zum zweiten Verbandsvorsitzenden. Daneben entfaltete er noch eine eifrige und aufreibende Tätigkeit für die politische Organisation, in der er seit 1890

Vorsitzender des Wandbäbeler Parteivereins war. In der Preßkommission des Hamburger Parteiblattes war er seit langen Jahren Vorsitzender und außerdem bei 13 Stadtverordnetenwahlen der Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Im vorigen Jahre wurde er Stadtverordneter, und auch auf diesem Gebiet hat er nach besten Kräften und nicht ohne Erfolg gewirkt. Seit etwa einem Jahre hatte er die Kandidatur für einen mecklenburgischen Reichstagswahlkreis übernommen, ein Ehrenamt, das ihm manche Arbeit verursachte. Wenn man dazu noch nimmt, daß er lange Jahre auch Vorsitzender der Zentralkommission für Bauarbeiterschutzes war, so hat man einen Begriff von der Unmenge von Arbeit, die Johannis Efftlinge noch neben seiner eigentlichen Tätigkeit als Verbandsoffizier leistete. Und das alles tat er gern; manche Woche ließ ihm keinen Abend für seine Familie, aber man hörte ihn nie ernstlich darüber klagen.

Darum wird sein Tod manche klaffende Lücke reißen; an empfindlichsten ist der Verlust seiner Tätigkeit für unsern Verband, wo er seit langem die Korrespondenz in der Lohnbewegung führte. Jedoch diese Lücke kann und wird ausgefüllt werden, wie es bei jedem andern Mitglied des Hauptvorstandes geschehen würde. Der Drang der Organisationsgeschäfte duldet keinen Stillstand, und wo eine Kraft aussteht, da müssen ihre Funktionen von andern übernommen werden. Anders ist es mit der menschlichen Persönlichkeit, die wir in Johannis Efftlinge verloren haben. Wir brauchen uns wahrlich nicht an das Wort zu halten, daß man über Tote nur Gutes reden solle, um hier sagen zu können, daß uns Johannis Efftlinge ein lieber, guter Freund war. Ein lieber Freund, ein guter Kamerad. Das ist er gewesen, das haben wir an ihm verloren und das läßt uns sein Hinscheiden tief und innig beklagen.

Wenn diese Zeilen in die Hände unsrer Freunde kommen, dann liegt Hannes Efftlinge schon unter der kühlen Erde. Am Sonntag nachmittag werden wir ihn hinausgeleiten. Die Schar der Leidtragenden wird groß sein, aber viel größer noch die Schar derer, die nicht dabei sein können und doch von der Kunde seines Todes schmerzhaft erschüttert werden. Das sind die vielen Tausende unsrer Kollegen, die ihn auf den Verbandstagen, bei Konferenzen und in Versammlungen kennen und schätzen lernten, so wie wir ihn kannten und schätzten, als einen guten Menschen, als tüchtigen Verbandsbeamten und erfolgreichen Agitator.

Leben und Tod standen bei Johannis Efftlinge im Zeichen des Pflichtgefühls. So wie er stets seine Pflicht tat, unterbrochen, selbst wenn sie nicht angenehm war, so war ihm die aufopfernde Erfüllung seiner Vaterpflichten an der schwerkranken Tochter eine Selbstverständlichkeit. Er ist dabei das Opfer seiner Pflicht geworden. So tragisch dies Geschehnis ist, es verfährt durch die reine, edle Menschlichkeit, die den tragischen Ausgang herbeiführte. Wir legen den Lorbeer auf das Grab unsres Freundes. Er hat ihn verdient, als guter Mensch und als tapfres Soldat im proletarischen Kampfdienst.

Die Beerdigung erfolgte am 22. August unter außerordentlich starker Beteiligung der Kollegen, Genossen und Freunde des Verstorbenen. Es sind mehrere Tausend gewesen, die dem Sarge folgten. Im Trauerzuge waren — soweit wir zählen konnten — 35 Fahnen; die Anzahl der Kränze läßt sich nicht angeben, fast mannshoch türmten sie sich um die offene Gruft. Von unsern Verbänden hatten nahezu sämtliche Gaue Kränzchen gesandt; die Gauvorstände von Hamburg, Bremen, Lübeck, Berlin, Hannover, Magdeburg, Stettin und Dortmund waren persönlich bei der Trauerfeier vertreten, daneben noch etwa zwanzig Zweigvereine aus dem Norden und einige aus andern Teilen des Verbandsgebietes. Viele andere hatten Kränze gesandt. Ebenso zahlreich waren die Zeichen der Freundschaft aus den Kreisen der andern Gewerkschaften und aus den sozialdemokratischen Parteioptionen. Auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ließ einen prächtigen Kranz niederlegen. Die Wandbäbeler Arbeiterschaft marschierte in gewaltiger Zahl auf. Es war ein Zug, wie ihn der Ort noch nicht gesehen hat. Einige Häuser hatten die Flaggen auf Halbmast gezogen. In der Leichenhalle des Krankenhauses sprach ein bürgerlicher Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums warme Worte der Anerkennung für das gemeindepolitische Wirken unsres Kollegen, am Grabe hielt Karl Frohne, der Abgeordnete des Reichstagswahlkreises Altona-Wandbäbel, die Gedächtnisrede. Mit dem Liede „Ein Sohn des Volkes“ schloß die erhabende Feier.

Unser Organisationsleben.

Zimmer noch gelangen recht häufig Berichte aus Fachorgan, die Klagen über mangelndes Interesse der Kollegen am Organisationsleben enthalten. Es ist zwar in der Zeit der Krise, wo viele Mitglieder unter der Arbeitslosigkeit zu leiden und mit Not und Sorgen zu kämpfen haben, verständlich, daß Kollegen, die den Wert der Organisation noch nicht oder nicht genügend erkannt haben, durch ihr eignes Glend von der Organisationsaktivität abgelenkt werden; von aufgklärten und überzeugten Kollegen aber sollte man das Gegenteil erwarten dürfen, denn gerade in solcher Zeit ist eine gesteigerte Organisationsaktivität und ein größerer Zusammenhalt aller Kollegen am Platze. Eritt doch erfahrungsgemäß in solcher Zeit das Unternehmertum gegen die Arbeiterchaft am rigorossten und profigsten auf. Auch sind in solcher Zeit die Unternehmer nicht selten bestrebt, die Löhne der Arbeiter herabzusetzen und die übrigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dort, wo die Kollegen von Klassenbewußtsein durchdrungen sind, wo sie die Solidarität als höchstes sittliches Gebot betrachten und gewillt sind, einmal von der Organisation Errungenes unter allen Umständen hochzuhalten, dort werden die Unternehmer mit ihrem Bestreben auf Verschlechterung nicht durchbringen. Aber an Orten, wo einem größeren Teil der Kollegen das Klassenbewußtsein fehlt, wo diese aus falsch verstandenem Eigeninteresse das Wohl der Gesamtheit nicht achten, wo sie, um Arbeit zu behalten oder um Arbeit zu bekommen, über vorhandene Mißstände hinwegsehen, da werden die Unternehmer bald triumphierend konstatieren können, daß das, was die Arbeiterorganisationen vielleicht in schweren Kämpfen errungen haben, langsam, aber sicher zugrunde geht. Während bei guter Konjunktur die Elite der Kollegenchaft an einem Ort die Unzuverlässigen und Schwankenden fügen und mit sich fortziehen und dadurch eine drohende Verschlechterung für die Gesamtheit verhindern kann, ist ihr dies in einer schlechten Konjunktur vielleicht selbst unter den größten Opfern nicht möglich. Dann leiden unter den eingetretenen Mißständen alle ohne Ausnahme, und es leidet die Organisation, die vorher bessere Zustände erkämpft hat. Denn oft genug ist es so, daß diejenigen, die durch ihr pflichtwidriges Verhalten die Verschlechterung der Zustände verschuldet haben, nach dem Eintritt einer Verschlechterung für die Organisation oder wenigstens für das Organisationsleben und Organisationsstreben verloren gehen, weil sie die Schuld daran nicht bei sich selbst, sondern bei der Organisation suchen. Wenn Eintritt einer besseren Konjunktur haben dann die Kollegen und hat die Organisation oft nicht unbedeutliche Opfer zu bringen, um zunächst das wieder zu erreichen, was schon einmal erkämpft war. Diese Opfer könnten erspart werden, wenn alle Kollegen über ein genügend gefestigtes Klassenbewußtsein verfügten, das es ihnen unmöglich machte, die Interessen der Allgemeinheit zugunsten ihres vermeintlichen Eigeninteresses zu verletzen oder verletzen zu lassen. Möge deshalb jeder Kollege bedenken, daß das Interesse der Allgemeinheit in letzter Linie sein eignes ist, und daß er nichts tun kann, was gegen die Interessen der Allgemeinheit verstößt, ohne daß er es früher oder später bitter bereuen müßte.

Eine der am häufigsten wiederkehrenden Klagen ist die über den schlechten Versammlungsbefuch, die wohl in einem Drittel aller Berichte enthalten ist. Das ist kein gutes Zeichen, wenngleich wir auch diese betrübliche Erscheinung zum Teil als die Wirkung der Krise betrachten. Man kann zugeben, daß es manchem Kollegen schwer wird, bei Arbeitslosigkeit aus weiter Entfernung zur Versammlung zu fahren und dazu noch Geld für Getränke auszugeben. Aber dies dürfte leider in den wenigsten Fällen der eigentliche Grund sein, weshalb so viele Kollegen den Versammlungen fern bleiben, sondern der Hauptgrund ist zweifellos die vielfach herrschende Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit unter den Kollegen. Man hält es nicht der Mühe für wert, zur Versammlung zu gehen, weil einem die auf der Tagesordnung stehenden Punkte zu gleichgültig sind! Gibt es doch leider noch viele Kollegen, die nur dann zur Versammlung gehen, wenn eine Lohnforderung auf der Tagesordnung steht. Solche Kollegen können es unmöglich mit der Organisation ernst meinen; sie gehen damit ja selbst, daß sie nur von rein materiellen Interessen an die Organisation gefesselt werden. Solche Kollegen können auch nicht mit der Organisation fort-schreiten und deren Geist in sich aufnehmen. Das Leben der Organisation bleibt ihnen fremd, und niemals werden solche Kollegen auf den Bauten ihre Pflicht erfüllen. Aber sie werden diejenigen sein, die über gefasste Beschlüsse und neue Einrichtungen der Organisation schimpfen, weil sie die Gründe nicht kennen, die zu den Beschlüssen und Einrichtungen führten. Sie

werden auch diejenigen sein, die der Organisation den Rücken kehren, sobald sie ihnen zeitweilig keine materiellen Vorteile zu geben vermag. Kollegen, die eng mit der Organisation verknüpft sind, werden es immer bedauern, wenn sie aus irgend einem Grunde auch nur in einer Versammlung fehlen müssen, denn sie werden dies schon in der nächsten Versammlung als Lücke empfinden.

Nun mag ja allerdings zugegeben werden, daß manche Versammlungen nicht interessant sind und daß hier und dort den Kollegen der Versammlungsbefuch durch persönliche Zank und Stank verleidet wird. Daran sind aber die Kollegen selbst schuld; denn sie sind es, die solche Ausschreitungen dulden. Die Versammlung hat es ja in der Hand, unsachliche Reden und Diskussionen zu verhindern. Sie hat es auch in der Hand, den Unfug zu verhindern, den manche Erneuerer dadurch treiben, daß sie zu jedem Punkt einige Male das Wort ergreifen, um sich reden zu hören und das zu sagen, was von ihnen und andern vorher bereits bis zum Ueberflus gesagt worden ist. Die Versammlungen sollen belehrend und begeisternd wirken; dafür zu sorgen, daß sie dies tun, ist Aufgabe aller Kollegen. Sie sollen die Solidarität fördern und nicht zerstören; sie sollen die Kollegen mit jenem einheitlichen Geist und Willen erfüllen, der zum sozialistischen Handeln auf den Arbeitsplätzen erforderlich ist. Daß sie das können, wird jeder Kollege schon erfahren haben, wenn am Tage nach einer gut verlaufenen Versammlung bei der Arbeit neuer Mut und neue Begeisterung die Herzen aller erfüllt.

Aber noch aus einem andern Grunde ist es notwendig, daß alle Kollegen die Versammlungen besuchen. Unsere Organisation ist demokratisch, jeder Kollege hat in ihr gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Es sollen aber auch alle Kollegen die gleiche Verantwortung für das Wohlergehen der Organisation haben, denn das ist eine Voraussetzung der Demokratie, daß sich jeder für das Ganze mitverantwortlich fühlt. Man soll in einer demokratischen Organisation nicht einige Wenige Beschlüsse fassen lassen, sondern soll überall da, wo es möglich ist, seine Stimme mit in die Waagschale werfen. Jeder soll nach bestem Wissen und Gewissen mit raten und mit taten. Es berührt eigenartig, wenn man auf der einen Seite die häufigen Klagen über die Verletzung des demokratischen Prinzips hört, und auf der andern Seite sehen muß, wie wenig sich so viele Kollegen aus der Erfüllung ihrer demokratischen Pflicht und aus der Ausübung ihrer demokratischen Rechte machen. Ein Kollege, der es mit dem Wohle der Organisation ernst meint, der muß sich mit verantwortlich fühlen für das, was in der Organisation vorgeht; er muß sich am Organisationsleben und an der Organisationsarbeit beteiligen.

Und noch auf etwas andres wollen wir im Zusammenhang hiermit hinweisen, was sich ebenfalls aus dem Mangel an Klassenbewußtsein ergibt: auf die würdelose Haltung mancher Kollegen gegenüber dem Unternehmertum. Wir wollen hier ganz absehen von den zum Glück immer seltener werdenden Fällen, wo mit der Würdelosigkeit auch noch der frasseste Egoismus verknüpft ist, wo z. B. Kollegen beim Ausbruch von Streiks um einige Silberlinge schönen Verrat an ihren Brüdern verüben oder für einige Pfennige mehr Lohn zu Untreibern ihrer Kollegen werden. Aber wir wollen hinweisen auf die leider nur allzu häufigen Fälle der Aengstlichkeit und Kriecherei vor dem Unternehmertum, der Feigheit, wenn es gilt Rechte geltend zu machen, der Gleichgültigkeit und Würstlichkeit gegen Mißstände aller Art. Kollegen, die von Klassenbewußtsein durchdrungen sind, werden nicht dumpf und stumpf dahingehender sich vom Unternehmer alles gefallen lassen, sondern energisch die Rechte wahren, die sie durch die Organisation für sich erkämpfen. Sie werden nicht ängstlich, ohne Mut und ohne Zuversicht in die Zukunft schauen, sondern werden die glückliche Stunde nützen, um neue Rechte für sich zu erringen. Wir wissen wohl, daß während der Krise auch manchem sonst kampfesfrohen Kollegen Fesseln angelegt waren, die ihn in seinem Wirken für die Organisation hemmten, daß mancher, gezwungen durch die Not und durch das Verhalten der eignen Kollegen, knirschend unwürdige Verhältnisse ertrug, weil er sie mit dem besten Willen nicht ändern konnte. Nur so ist es zu erklären, daß an manchen Orten große Mißstände eintrifft, daß das Baubelegertumwesen litt, der Zusammenhalt unter den Kollegen sich lockerte, und daß auch die Geltendmachung unserer Rechte den Unternehmern gegenüber zu wünschen übrig ließ. Diese schlimme Zeit, wo mancher Kollege von der Not gezwungen unter unwürdigen Verhältnissen leiden mußte, ist jetzt im Schwinden; sie wird um so schneller schwinden, je schneller sich unsere Kollegen aufrufen und je fester sie sich zusammenschließen zu sozialistischem Handeln. Wo es daran noch

fehlt, wo heute noch Mißstände herrschen, wo sich noch eine verwerfliche Klauheit unter den Mitgliebrn bemerkbar macht, da müssen unsere aufgklärten und klassenbewußten Kollegen eine energische und ausdauernde Agitation entfalten. Nicht durch Schimpfen in den Versammlungen, wo die, die es angeht, durch Abwesenheit glänzen, und nicht durch Klagen im Fachorgan werden derartige Verhältnisse gebessert, sondern nur durch eine planmäßige agitatorische Tätigkeit. Noch ist es Zeit, diese Tätigkeit zu entfalten. Kollegen, nicht diese Zeit ehe der Winter kommt! Das nächste Jahr birgt ernste Kämpfe. Sorget dafür, daß es unre Reichen voll stolzer Zuversicht antrifft! Sorget für Baubelegerte und agitiert mündlich für guten Versammlungsbefuch! Diskutiert ernste Fragen überall, wo Ihr zusammenkommt! Mittelt die Kollegen zum Lesen des Fachorgans und der Arbeiterpresse auf! Sorget dafür, daß Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit aus unsern Reihen verschwinden, daß ein stolcher Arbeiterstolz an Stelle der Würdelosigkeit und Aengstlichkeit tritt, daß jener Geist, jener herzerquickende Idealismus, der einst die Gründer und Träger der alten Organisation erfüllte, auch unsern letzten Kollegen erfüllt! Wenn das geschieht, wenn eine frohe Zuversicht und ein freudiges Goffen die Herzen unser Kollegen erfüllt, wenn sie sich ihres eignen Wertes und ihrer eignen Kraft bewußt werden, dann werden sie ganz von selbst dazu kommen, daß sie sich gegen unwürdige Zustände auf den Bauten wehren und daß sie Interesse zeigen für die Organisation und ihre Bestrebungen.

Frieden in Hamburg.

Der große Kampf im Baugewerbe des Vierstädtegebiets ist beendet, nach elfwöchiger Dauer mit einem für die Arbeiter höchst ehrenvollen Frieden beendet worden. Die in der vorigen Nummer gemeldeten Verhandlungen der Zentralvorstände mit dem Vorstand des Bundes hatten folgendes Ergebnis:

Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Gebiete des Vier-Städte-Bundes Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg, Harburg, Lohstedt, Timmendorfer Strand, nehmen die Arbeit zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sofort wieder auf. Die Arbeitgeber des genannten Gebiets heben die verhängte Aussperrung sofort wieder auf und verpflichten sich, den Lohn für alle Kategorien der oben genannten Arbeiter am 1. April 1910 um 3 % und am 1. Juli 1910 um weitere 2 % zu erhöhen.

Die Klasse 2 der Bauhilfsarbeiter erhält bei Wiederaufnahme der Arbeit einen Stundenlohn von 60 % mit der Maßgabe, daß auch ihr unter den vorgenannten Daten der Lohn um 3 bezw. um 2 % gesteigert wird.

Die Betonarbeiter nehmen die Arbeit unter dem im Jahre 1907 vereinbarten Bedingungen (Tarifvertrag 1907) wieder auf und erhalten ebenfalls am 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 % und am 1. Juli 1910 eine solche von 2 %.

Für die Plattenanleger bleibt der bisherige Tarif bestehen.

Es wird eine paritätische zusammengesetzte Kommission gebildet, die auf Grund des zwischen den Zentralorganisationen der betonierten Baugewerkschaften und der bisher im Vier-Städte-Bund geltenden Arbeitsbedingungen einen Tarifvertrag ausarbeitet, welcher bis zum 31. März 1910 Geltung haben soll. Etwa entstehende Streitigkeiten werden unter Hinzuziehung der Zentralvorstände gerichtet.

Beide Parteien verpflichten sich, bei ihren Antraggebern für die Annahme dieser Vergleichsvorschläge mit ihrem ganzen Einfluß einzutreten; die Arbeitgeber vorbehaltlich der Zustimmung in den andern Gewerkschaften. Vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Generalversammlung sind beide Parteien an dieses Abkommen gebunden.

Maßregelungen finden nicht statt.

Wegfall der andern Gewerbe - Schlosser, Klempner, Gipser, Kunstfteinarbeiter, Glaser, Dachdecker, Plattenanleger, Steinmetzen und Mauerarbeiter - kamen folgende Vergleichsvorschläge zustande:

Die an der Aussperrung bzw. am Streik beteiligten Gewerbe nehmen zu den früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit die Arbeit wieder auf. In denjenigen Gewerben, in welchen Tarifverträge oder Arbeitsordnungen bestanden, treten dieselben wieder in Kraft. In sämtlichen Gewerben haben die Arbeitgeber unverzüglich alle verhängten Aussperrungen, die Arbeitnehmer unverzüglich alle verhängten Sperren wieder auf. In allen Gewerben tritt am 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 % und am 1. Juli 1910 eine solche von 2 % zu den bisherigen Löhnen ein. Diejenigen Gewerbe, für welche bisher noch kein Tarifvertrag bestand, haben sogleich jedes für sich eine paritätische Kommission einzusetzen, welche auf Grund der alten Arbeitsbedingungen Tarifverträge für jedes Gewerbe auszuarbeiten hat. Desgleichen haben Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Gipsergewerbe über die Verlängerung des jetzt bestehenden Tarifvertrages unverzüglich stattzufinden. Wenn ein Betriebsinhaber im Gipsergewerbe einem Arbeitnehmer einen über den Minimallohn hinausgehenden Lohnsatz gezahlt hat, so hat er diesem Arbeitnehmer den höheren Lohnsatz weiter zu bezahlen.

Sollten die paritätischen Kommissionen nicht über alle Differenzpunkte zur Einigung gelangen, so finden zur Regelung der übrigenbestehenden Streitigkeiten Verhandlungen zwischen Vertretern der betreffenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerparteien unter Leitung eines Unparteiischen statt.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben mit ihrem ganzen Einfluß für die Annahme dieses Vergleichs durch die betreffenden Generalversammlungen einzutreten. Sogleich nach Annahme des Vergleichs durch die Generalversammlungen müssen die paritätischen Kommissionen zur Feststellung des

Verhandstollegen!

Die nächste Arbeitslofenzählung ist Sonnabend, den 28. August; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Wortlautes der Tarifverträge ihre Verhandlungen beghnen. Auf beiden Seiten dürfen Maßregelungen unter keinen Umständen stattfinden.

Dieses Abkommen tritt nur dann in Kraft, wenn es von allen beteiligten Arbeitnehmerorganisationen angenommen wird. Am Sonntag bzw. Sonntag nehmen alle beteiligten Faktoren zu diesen Vorschlägen endgültig Stellung.

Ueber den Ausgang der Abstimmungen werden die Arbeitgeberorganisationen sich bis Sonntag nachmittag um 6 Uhr gegenseitig verständigen.

Mit diesem Ergebnis beschäftigten sich die Organisations am Sonntag vormittag in ihren Versammlungen. Unsere Kollegen hatten sich in großer Masse im Gewerkschaftshause versammelt. Nach dem Bericht, den Kollege Hartwig erstattete, gab es eine lebhafteste Diskussion, in der es selbstverständlich nicht an Stimmen fehlte, die die Ablehnung der Vergleichsvorschläge und Weiterführung des Kampfes forderten. Doch auch die entgegengelegte Ansicht wurde scharf und nachdrücklich aus den Mitgliederkreisen vertreten. Zum Schluß sprach Kollege Bömelburg für Annahme der Verhandlungsergebnisse. Er stellte in seinen Ausführungen die Frage in den Vordergrund, ob bei Weiterführung des Kampfes mehr zu erreichen sei: Wir haben eine Lohnerhöhung von 5% gefordert. Diese ist durch den Kampf errungen worden; allerdings tritt sie nicht gleich bei Aufnahme der Arbeit, sondern erst im nächsten Frühjahr ein. Aber darauf, daß die geforderte Lohnerhöhung nicht für sofort errungen wurde, waren wir und waren alle Kollegen von vornherein gefaßt. Besser wäre es freilich gewesen, wenn wir die 5% für einen früheren Termin bekommen hätten. Aber ließe es sich rechtfertigen, darum den Kampf noch weiter zu führen? Vielleicht noch mehrere Wochen lang? Das ließe sich nicht rechtfertigen. Mehr zu erreichen, müße man als unmöglich ansehen. Bei früheren Kämpfen in Hamburg sei die Forderung auch nie sofort im vollen Umfange durchgesetzt worden, stets hätte man mit dem Hamburger Unternehmertum harte und schwere Kämpfe führen müssen. Dieser Kampf sei in seiner Geschlossenheit der Waffen ein Muster gewesen, um solle es auch der Frieden sein. Nach Bömelburgs Ausführungen erfolgte die Abstimmung. Die Versammlung lehnte die von einigen Rednern geforderte geheime Abstimmung ausdrücklich ab und nahm darauf die Verhandlungsergebnisse nahezu einstimmig an.

Bei den Bauarbeitern, Zimmerern, Schlossern und den andern Berufsgruppen hatten die Versammlungen das gleiche Ergebnis. Nur die im Stukkateurverband organisierten Sipler (Deckenputzer) lehnten die Vergleichsvorschläge zunächst mit 220 gegen 137 Stimmen ab. Da der Frieden nur zustande kommen konnte, wenn alle Vereine der Ergebnisse zustimmten, so drohte der Frieden noch hieran zu scheitern. Die Sipler nahmen darum am folgenden Tage (Montag, 23. August) noch einmal Stellung und hier stimmten sie mit 271 gegen 146 gleichfalls für den Frieden. Am 24. August und an den folgenden Tagen werden sich nun die Bauten wieder füllen.

Damit ist der bedeutendste Bauarbeiterkampf dieses Jahres beendet. Wir dürfen mit seinem Verlauf und seinem Ausgang zufrieden sein. Wenn freilich jedes Augenmaß und jedes Urteil für Erfolg und Mißerfolg verloren gegangen ist, der mag auch hier über die „Dynamik der Gewerkschaften“ fabulieren. Glücklicherweise werden dadurch die guten Wirkungen des Kampfes nicht beeinträchtigt. Wir müssen bei der Würdigung von Lohnfragen nicht nur die prozentische Erhöhung ins Auge fassen, sondern auch, wie weit die Lohnsätze von dem Durchschnitt der Maurerlöhne entfernt sind. Dann erinnern wir uns, daß wir in Hamburg die höchsten Löhne unseres Gewerbes haben, und dann wird es auch begreiflich, daß da die weiteren Erhöhungen größere Kämpfe erfordern müssen, als wenn es sich um niedrigere Löhne handelt. Diese Tatsache gibt dem Kampfe seine Bedeutung auch über Hamburg hinaus. Für das Kampfgebiet selbst ist neben der Lohnerhöhung noch zu würdigen, daß der geschlossene Zusammenhalt der kämpfenden Organisationen die beneidete Auspersungslust der Hamburger Scharmacher gehörig abgekühlt hat. Der Stoß, den man gegen uns führen wollte, hat nicht allein nicht die gewünschte Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeigeführt, sondern die Auspersungsstrategen haben sich damit selbst ins eigene Fleisch geschnitten. Es haben auch in den letzten Lohnerhöhungen bewilligt werden müssen, deren Arbeiter ganz gegen ihren Willen mit dem Kampfe verknüpft

wurden und vorher gar nicht daran gedacht hatten, Lohnforderungen zu erheben. Darum können wir uns des Hamburger Kampfes ehrlich freuen; sowohl sein Verlauf wie sein Ausgang berechtigen uns, von ihm als von einer erhabenden und glücklichen Aktion der organisierten Bauarbeiterchaft zu reden.

Die Gewerbe-Inspektoren über die Verhältnisse im Baugewerbe.

In den letzten Wochen sind nacheinander die Jahresberichte der bayerischen, hessischen, preussischen, hamburgischen und badischen Gewerbe-Inspektoren erschienen, die in der Krisenperiode besonderes Interesse bieten, da sie wichtige Seiten der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse berühren und sie bis zu einem gewissen Grade wieder spiegeln. Die Berichte enthalten auch Mitteilungen über die speziellen Verhältnisse im Baugewerbe, mit denen wir uns etwas näher beschäftigen wollen.

Zunächst möchten wir die Berichte der bayerischen Fabrikinspektion besprechen und eine vergleichende statistische Uebersicht über die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf das Baugewerbe geben. Es unterstanden den gesetzlichen Vorschriften und der Kontrolle der Gewerbeaufsichtsbeamten in Bayern:

	1907	1908
Betriebe	433	528
Arbeiter	15111	17250
Männliche	14928	17037
Weibliche	167	213
Erwachsene	14461	16631
Jugendliche	649	591
Kinder	61	28

Da es sich hierbei um Zimmerplätze und andre Bauhöfe handelt, so dürfen in den Zahlen nicht viele Maurer eingerechnet sein, und dennoch sind sie auch für uns nicht ohne Interesse. Haben doch sowohl Betriebe wie Arbeiter weitere Vermehrung erfahren, wobei gleichzeitig die Zahl der Jugendlichen und der Kinder, die an sich freilich nicht groß ist, einen Rückgang erfahren hat. Die Arbeiterinnen aber haben einen Zuwachs erhalten. Der Augsburger Aufsichtsbeamte berichtet dazu: „Auf Baustellen wurden im Kreise Schwaben und Neuburg schon von jeher nicht viele Arbeiterinnen beschäftigt. Im Berichtsjahre wurden 21 erwachsene Arbeiterinnen bei den Revisionen von Bauten bemerkt; 13 von diesen waren zudem Ausländerinnen“, aber natürlich auch als solche Frauen, die nur einmal nicht auf Bauten beschäftigt werden sollten, da sie hier Arbeiten verrichten müssen, die sich weder im Hinblick auf den weiblichen Organismus, noch auf das, was sich schickt, für sie eignen. Insofern die Aufsichtsbeamten bei der besonderen Darstellung der Wirtschaftslage auch das Baugewerbe berühren, konstatieren sie die Verschlechterung seiner Situation. Nur von Fürth berichtet der mittelfränkische Aufsichtsbeamte über rege Bautätigkeit und Entstehung von verhältnismäßig vielen Neubauten, durch die die Wohnungsverhältnisse verbessert wurden. Die Aufsichtsbeamten hatten insgesamt 3992 Bau- und Konzeptionsgesuche gegenüber 4348 in 1907 zu begutachten. Es ergibt sich hier ein Rückgang von Bauten zu gewerblichen Zwecken um 356. Damit harmonisiert allerdings anscheinend die in der Tabelle festgestellte Vermehrung der Betriebe und Arbeiter nicht. Aber offenbar handelt es sich in derselben nicht um neu gegründete, sondern nur um neu entdeckte und der Gewerbe-Inspektion neu unterstellte Betriebe, die schon 1907 existierten, aber den Aufsichtsbeamten nicht bekannt waren.“

Im Bezirk Unterfranken waren bei der Begutachtung der Bau- und Konzeptionsgesuche 454 Aufträge hygienischer Natur zu begutachten. Die Neu- und Neubauten bei Betriebsanlagen ließen eine Besserung in der Rückfichtnahme auf die gesundheitslichen Gefahren in verschiedenen Betrieben erkennen.

An anderer Stelle berichtet derselbe unterfränkische Aufsichtsbeamte, daß bei 60 Revisionen auf Bauten in hygienischer Hinsicht 14 Beanstandungen zu erheben waren. Es wurde die Beschaffung von Luftenthaltsräumen auf 4, deren Verbesserung und Instandhaltung auf ebenfalls 4, die Beschaffung, Verbesserung oder Reinhaltung von Aborte auf 5 Bauten und die Bereitstellung von Trinkwasser auf 1 Bau gefordert. Ferner wurden 33 Verletzungen festgestellt hinsichtlich der Unfallverhütung, von denen sich 39 auf Sicherung der Verkehrswege gegen Absturz-

gefahr, auf Sicherung von Leitern, 5 auf Sicherung gegen Herabfallen von Gegenständen, 9 auf Beschaffung von Verbandszeug, 16 auf die Anbringung der gesetzlich vorgeschriebenen Aushänge und 14 auf sonstige Anordnungen bezogen. Die Tätigkeit der Baukontrolleure brachte in den Städten Würzburg und Schweinfurt ersichtliche Fortschritte, wemgleich nicht zu verkennen ist, daß auch hier, auf dem Gebiete der Unfallverhütung, noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Bei der Begutachtung von 296 Bau- und Konzeptionsgesuchen wurden 251 auf den Arbeiterschutz bezügliche Auflagen gestellt.

Mit Verriedigung wird konstatiert, daß die Arbeiter der Unfallverhütung wachsende Aufmerksamkeit widmen, wofür auch die Veranstaltungen der Bauarbeiterschutzkommission Würzburg zeugen. Diese ersuchte den städtischen Baukontrolleur aus dem Arbeiterstande in Würzburg, durch einen Vortrag über Verhütung von Bauunfällen das Verständnis der beteiligten Kreise für diese Sache zu erweitern, welchem Ersuchen derselbe durch Abhaltung eines Vortrages unter zeichnerischer Darstellung verschiedener Sicherheitsvorrichtungen und unter besonderem Hinweis auf die vor kommenden Verletzungen der Gerüststänbe, Verbindungen und dergleichen mit Erfolg entsprach. Einer hierbei erfolgten Anregung entsprechend, würden von dem Baukontrolleur zur anschaulichen Darstellung des Arbeiterschutzes die Modelle eines freistehenden Gebäudes mit für die gesamte Bauherstellung erforderlichen Gerüstarten, eines vorchriftsmäßigen Rüstgerüsts und eines solchen mit verfehlter Gerüststangenverbindung, eines Unterluftraumes, einer Kanalausführung und eines Abortes in bis ins einzelne naturgetreuer Ausführung hergestellt. Es ist in Aussicht genommen, diese Darstellungen in geeigneten Räumen bei der Baugewerkschule dem Publikum zugänglich zu machen, damit sie auch weiterhin dem Bauarbeiterschutz dienen und insbesondere das Interesse der heranwachsenden Generation erwecken, ein Vorhaben, das auch bei unsern sonstigen technischen Lehranstalten im Interesse der Unfallverhütung nur begrüßt werden könnte.“

Im Bezirk Schwaben wurden in 119 Fällen 126 Beanstandungen im Interesse des Schutzes der Bauarbeiter getroffen, wobei es sich 15 mal um Fehlen von Brustwehren, 28 mal um Fehlen von Bordbreitern, 8 mal um Fehlen von sonstigen Geländern oder Absperrungen, 17 mal um mangelhafte Abdeckung, 13 mal um schlechte Leitern, 11 mal um mangelhafte Gerüste, 5 mal um ungenügende oder mangelhafte Aborte, 6 mal um Unterluftraume usw., 17 mal um Anschläge der oberpolizeilichen Vorschriften und Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft, je 3 mal um Aufzüge und so fernes Abgraben bzw. Steckenlassen von Heberhängendem beim Abgraben von Erde, handelte. In einem weiteren Falle wurde das Ueberhand-mauern ohne vorgeschriebene Schutzgerüste beanstandet. Die meisten dieser Beanstandungen treffen auf Revisionen, die auf Neubauten in kleinen Ortschaften vorgenommen wurden. Drei Unternehmer wurden bestraft, weil sie die Arbeiter in Wirtschaften auslohten und 14 andere wurden gleichfalls mit gerichtlichen Strafen bedroht, weil Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze der an Bauten beschäftigten Personen erlassenen oberpolizeilichen Vorschriften vorlagen.

Im oberbayerischen Bericht wird gesagt: „Bauten bzw. Baubetriebe werden in der Regel nur bei besonderen Anlässen oder bei Gelegenheit besichtigt. Die Schutzvorrichtungen zeigen zuweilen noch recht Bedenkliche Lücken. Bierschach trifft man-mangelhaft geficherte Verkehrswege und Arbeitsstellen sowie Arbeitsmaschinen ohne die erforderlichen Schutzmaßnahmen, deren Mangel mit dem vorübergehenden Gebrauch der Maschinen begründet wird. Die Revision des Umbaues eines Fabrikhornsteines während des Betriebes gab Anlaß, eine zweite Sicherung der einen gehen um den Kamin gespannt das ganze Arbeitsgerüst tragende Setze zu fordern.“

Der Unfallstatistik entnehmen wir folgende Angaben für das Baugewerbe:

Unfälle	Arbeiter			Zusatz
	Männliche	Weibliche	Jugendliche	
Tödtliche	30	—	3	33
Schwere	118	3	7	128
Leichte	2560	23	70	2653
Unbestimmt	387	5	9	401
Total	3095	31	89	3215

Mit dieser Unfallzahl steht das Baugewerbe an der Spitze der 16 in der Statistik angeführten Gewerbegruppen. In der weiteren Reihenfolge kommen die Maschinenindustrie mit 2940, die Nahrungsmittelindustrie mit 1797, die

Metallindustrie mit 1688, die Holzindustrie mit 1216 Unfällen usw. Mit den 80 tödlichen Unfällen steht das Baugewerbe in zweiter Linie, in erster figuriert die Industrie der Steine und Erden mit 34. Die meisten schweren Unfälle kamen wieder im Baugewerbe vor. Insgesamt erlitten sich in Bayern in 1908 14 707 Unfälle, wovon 133 tödlich, 709 schwere, 12 249 leichte und 1616 unbestimmte. Die Aufsichtsbeamten trafen insgesamt 12 251 (1097: 10 914) Anordnungen im Interesse der Unfallverhütung. „Die Förderung des Bauarbeiterschutzes liegen sich die Gewerbeaufsichtsbeamten nach Möglichkeit anlegen“, sagt der Zentralgewerbe-Inspektor Priem in München in der Einleitung; über eine nennenswerte Ausdehnung der Beaufsichtigung der Bauten durch Bauaufsicher aus dem Arbeiterstande sind keine Anhaltspunkte vorhanden, dagegen bemühen sich die sogenannten Bauarbeiterschuttkommissionen an verschiedenen Orten in dieser Angelegenheit eifrig. Wohl in doppelter Beziehung: einmal, um die Zahl der Arbeiter-Baufontrollen zu vermehren, und sodann, um selbst, soweit möglich, die Funktionen von solchen überall da auszuüben, wo sie noch fehlen.

Aus den Mitteilungen über die Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften und bisherige Bestrafungen sei nur dem mittelfränkischen Bericht entnommen, daß in 5 Fällen mit 3, 6, 6, 10 und 10 Bestrafungen wegen mangelnder Schutzvorrichtungen und Ueberhandmauern bei Bauten und in 3 Fällen mit 3, 12 und 16 wegen Nichtausführung angeordneter Schutzvorrichtungen erfolgten. Das sind freilich weniger Bußen als vielmehr Ermunterungsprämien mit der unausgesprochenen Aufforderung, auf dem betretenen Wege der Gesetzesbeachtung unbeirrt fortzufahren.

An die Maurerfrauen!

Von einer Maurerfrau.

Die Maurer gehören zu den Arbeitern, die sehr viel, ja man kann wohl sagen, die am meisten wegen ihres „guten Einkommens“ von einem großen Teil ihrer Mitmenschen beneidet werden. Nicht in allen Berufszweigen kann es den Angehörigen des Berufes so genau nachgehört werden, wieviel sie pro Stunde verdienen; wird doch nur in einzelnen Berufen, und so vor allem bei den Maurern, ein einheitlicher Stundenlohn gezahlt. Dieser Stundenlohn, der allerdings manchmal über den andern gelehrten Arbeiter hinausragt, verleiht nun Leute, die nichts von dem Wesen und den Verhältnissen, unter denen im Maurerberufe gearbeitet wird, verstehen, zu der Annahme, eine Maurerfamilie führe das herrlichste Dasein auf Erden. Diese Leute, die nicht immer aus uns fernstehenden Kreisen mit ihren Ansichten kommen, sondern auch vielfach in Arbeiterkreisen zu finden sind, haben keine Ahnung davon, wie oft ein Maurer seine Arbeit unterbrechen, wie oft er allein schon wegen der Witterungsverhältnisse — im Sommer sowohl wie im Winter — feiern muß. In manchen Großstädten kommt noch, wenn ein Bau fertig ist, die jedesmalige Entlassung und oft wochenlanges Arbeitslosigkeits hindu.

Wie traurig unter solchen Umständen die Verhältnisse in sehr vielen Maurerfamilien sind, wie schlecht deren Lebenshaltung ist, darüber können am besten die Maurerfrauen Auskunft geben. Sie müssen mit dem, was der Mann verdient, sorgsam haushalten. Sie müssen meistens auch für den Erwerb arbeiten. In solchen Orten, wo viel Frauennarbeit vorhanden ist, sind die Maurerfrauen unter den Arbeiterinnen zahlreich vertreten. In allen Industriezweigen sind sie zu treffen. Einen nicht geringen Prozentsatz stellen die Maurerfrauen unter den Heimarbeitenden. In Orten, wo keine Industrie vorhanden ist, sind viele Maurerfrauen gezwungen, Aufwartendienste zu verrichten oder als Wäscherinnen und Scheuerfrauen etwas am Lebensunterhalte hinzuverdienen. Nicht zum Vergnügen arbeiten diese Tausende von Frauen, sondern weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, um alle Bedürfnisse der Familie zu befriedigen.

Sehr schwer haben es die Frauen, deren Männer fern vom Wohnort ihrer Arbeit nachgehen. Diese Männer kommen nur alle acht, vierzehn Tage, oft auch noch seltener einmal nach Hause, je nachdem die Entfernung der Arbeitsstelle oder vielmehr des Ortes, in dem sie arbeiten, von ihrem Wohnorte ist. Solche Männer haben dann gewöhnlich in der Heimat ein kleines Besitztum, ein Häuschen mit einem Stück Land, dazu etwas Vieh. Eine solche Wirtschaft erfordert viel Arbeit. Ohne Unterbrechung arbeitet hier die Frau, und wo größere Kinder sind, werden auch sie noch mit zur Arbeit herangezogen. Diese Frauen kennen während der Zeit, wo es in der Landwirtschaft etwas zu tun gibt, keinen Sonntag, oft nicht einmal einen Feiertag. Wenn am Sonntag der Mann nach Hause kommt, dann muß er noch arbeiten auf dem Felde oder in Haus und Stall verrichten. Nun stehen sich diese Leute allerdings etwas besser, sie brauchen vor der Arbeitslosigkeit nicht ihre Kollegen, die nichts als ihre Arbeitskraft ihre eigenen nennen, zu zittern, haben sie doch auf Grund ihrer, und vor allem ihrer Frauen, großen Tätigkeit auch in den Zeiten der Arbeitslosigkeit das nötige zum Lebensunterhalt. Wie sieht es aber in solchen Maurerfamilien mit dem Familienleben aus? Mann und Frau sehen sich günstigstenfalls alle acht Tage einmal, und dann auch nur auf ein paar Stunden; denn Sonntags abends sähet der Mann wieder nach seinem Arbeitsorte. Wenn die Sonntagsstunden auch noch zu allerhand lässlichen und häuslichen Arbeiten benutzt werden müssen, so wird der Mann seiner Frau und seinen Kindern immer mehr und mehr entfremdet. Das so viel gepriesene deutsche Familienleben geht damit arg in die Brüche. Das kommt daher, weil heute alle, besonders Mütterchen in Arbeiterfamilien fallen müssen, die Hauptfrage ist immer die Wagenfrage. Daran sind nicht die Arbeiter schuld, sondern unsere heutige Wirt-

schaftsweise wo nur Rücksicht auf das Wohl und Wehe der bestehenden Klasse genommen wird.

Am schlimmsten ergeht es den Maurerfamilien, die eine große Kinderbesatz haben, in den Städten. Hier ist die Frau so ans Haus gefesselt, daß ein Mitarbeiter nicht zu denken ist. Wie hier gekauert werden muß, wie die Maßregeln eingerichtet werden, wie tatsächlich jeder Großkelch zehnmal umgedreht werden muß, bevor er ausgegeben wird, davon kann sich nur der eine Vorstellung machen, der Ähnliches erlebt hat. Die Frau, die in anderen Fällen schon mehr oder weniger schwer arbeitet, ist hier noch weit schlimmer dran. Eine Frau, die für andre arbeitet, hat immer die Garantie, etwas zu erwerben und so den Lohn des Mannes aufzubessern. Hier hängt aber alles von der Geschäftigkeit der Frau ab, ob sie mit dem Wenigen eine große Familie befriedigen kann. Von den paar Sommermonaten hängt doch alles ab. Da sollen Anschaffungen gemacht werden an Kleidung und für den Haushalt. Für den Winter muß Feuerung und einiges an Lebensmitteln eingekauft werden, damit es wenigstens, wenn keine Arbeit ist, nicht am Notwendigsten fehlt. Es heißt immer, wenn der erste Schnee fällt, dann fängt der Maurer an zu sparen. Das soll wohl sein, und doch hat das Wort einige Berechtigung. Im Winter müssen Schulden gemacht werden; denn wenn auch täglich Schmalzens Küchenmeister ist, und eine Frau die Knappen Rationen auch gut einzuteilen versteht, so ist es doch nicht gut möglich, immer ohne Schulden durch den Winter zu kommen. Im Sommer müssen erst die Schulden abbezahlt werden, dann schreitet man zu den notwendigen Anschaffungen, zum Einkauf von Vorräten für den Winter, und ist dann die Arbeit noch nicht zu Ende — gewöhnlich ist es inzwischen schon Herbst geworden —, so wird auch noch etwas hartes Geld zurückerlegt. Sind die Familienverhältnisse besonders schlecht, oder treten schlechte Arbeitsverhältnisse ein, wie in Jahren der Krise, dann bringen es die Maurer nicht einmal zu dem, was oben ausgeführt wurde.

Daß es so, wie oben geschildert, durchschnittlich in den Maurerfamilien zugeht, können sich die Bewunderer der „hohen“ Maurerlöhne gar nicht denken. Daher denn auch der Glaube, daß es den Maurern nur manchmal schlecht geht, weil der Mann alles „vertrifft“, oder die Frau nicht zu wirtschaften versteht. Die Verhältnisse, wie sie nun einmal liegen, sollten aber auch von den Maurerfrauen mehr beachtet werden. Leider ist es heute noch so, daß sehr viele unter der schweren Last, die sie tragen, kein offenes Auge für die Ursachen ihrer Plage haben. Sie wissen nicht, daß die besitzende Klasse alles daran setzt, um die Arbeiterklasse auszunutzen. Das Unternehmertum, das über die Begehrlichkeit der Maurer redet, verschweigt, daß den Maurern, wie auch allen andern Arbeitern, nicht der ganze Ertrag ihrer Arbeit ausgezahlt wird, sondern daß sie sich mit einem geringen Bruchteil des geschaffenen Wertes zufriedener geben müssen, während der größte Teil in die Taschen des Unternehmertums fließt. Denen, die diese Werte schaffen, gibt man nur soviel, wie zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft nötig ist, während das Unternehmertum Werte auf Werte häuft, und so große Kapitalien ansammelt. Auf die Arbeiter kommt es an, wie hoch sie ihre Arbeitskraft einschätzen, wieviel Bedürfnisse sie haben. Wollen sie nicht nur vegetieren, sondern einigermassen als Menschen leben, so versuchen sie ihre Lebenshaltung zu verbessern, indem sie vom Unternehmertum mehr Lohn in kürzerer Arbeitszeit verlangen. Nun steht aber fest, daß das Unternehmertum freiwillig nichts ergibt, es muß immer erst dazu gezwungen werden, und es läßt sich nur zwingen, wenn es sieht, daß ihm eine gut organisierte Arbeiterkraft als eine Macht gegenübersteht. Darum ist es notwendig, daß sich alle Maurer ihrem Verbandsangehörigen. Von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller ist aber mancher Maurer nicht zu überzeugen, oder, wenn er selbst überzeugt ist, dann läßt seine Frau es nicht zu, daß er seiner Überzeugung gemäß handelt.

Die Frauen, die von dem Verdienst des Mannes nichts hergeben möchten, das nicht greifbar nützlichen Dingen dient, erben ihren Männern von der Organisation ab, weil sie Geld kosten. Man kann es nur der Unwissenheit solcher Frauen zurechnen, sie haben keine Ahnung von unserer heutigen Wirtschaftsweise. Die Frauen aufzuklären, sie mit dem Gedanken der modernen Arbeiterbewegung bekannt zu machen, ist darum heiligste Pflicht. Die täglichen Kämpfe zeigen uns, welcher Hemmschuh eine unaufgeklärte Frau dem Fortschreiten der Arbeiterbewegung sein kann. Wir wissen aber auch, wie schwer es ist, die Frauen, die vom öffentlichen Leben nichts wissen, für unsere Ideen zu gewinnen. Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen ist schwer, nicht, weil die Frau zu dumm ist, zu begreifen, sondern, weil sie in einem andern Milieu aufgewachsen ist als die Männer. Aus diesem Grunde müssen alle mitteilen, die Frau für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Bei aller Weltfremdheit vieler Frauen gibt es doch gewisse Dinge, die tiefe Eindrücke bei ihnen hinterlassen. Es sind das Dinge im wirtschaftlichen Leben, die sie direkt berühren. Unsere augenblickliche politische Lage, die erneute gewalttätige Anziehung der Steuerhaken lernen auch die indifferenten Masse denken, und die Frauen, die nun gezwungen sein werden, sich noch mehr den Kopf zu zerbrechen, wie sie sich mit dem Gelde einrichten sollen, sie müssen nun auf die Ursachen dieser Auszehrung der Arbeitermassen hingewiesen werden, und die Erfolge werden nicht ausbleiben. Sagen wir den Frauen, daß es nicht genug daran ist, daß die Arbeitgeber täglich und stündlich Männer, Frauen und Kinder ausbeuten, sondern daß auch der Staat noch das Volk preßt, um Geld zu bekommen für die Erhaltung der großen Armee, zu Wasser und zu Lande. Nicht den Weibern, die allein ein Interesse an der Erhaltung einer großen militärischen Macht haben, knöpft man das Geld ab, sondern das Volk, das heute schon nicht mehr aus noch ein weiß, soll immer noch mehr ausgegogen werden. Und dagegen sollte sich das Volk nicht wehren? Es muß sich wehren, wenn es nicht noch schlimmer kommen soll!

Den Frauen muß aber auch gesagt werden, daß die vielen Millionen, die jährlich durch direkte und indirekte Steuern dem Volke abgenommen werden, viel nötiger für

die Gehbung der Kultur in unserm Vaterlande angeandt wären. Man sollte unsern Kindern bessere Schulen bauen, ihnen einen bessern Unterricht geben, man sollte das Geld nicht so nutzlos zu unterhalten, es sollte vor allem auch Leben und Gesundheit der Arbeiter mehr als jetzt geschützt werden. Das sind alles Dinge, an denen die Frauen ein besonders großes Interesse haben; diesen Forderungen könnte noch eine Masse anderer hinzugefügt werden. Schon jahrzehntlang hat die Massenbewegte Arbeiterkraft ihre berechtigten Forderungen erhoben, aber leider ist es nur gelungen, keine Abschlagszahlungen von dem zu erhalten, was sie forderte. Auf andern Gebieten ist nichts geschehen, wie z. B. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist nicht die Schuld der organisierten Arbeiter, sondern derer, die die Macht im Staate haben, die Schuld der besitzenden Klasse. Es ist aber auch mitschuldig die indifferente Arbeiterkraft, die es nicht für nötig hält, sich ihren gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen anzuschließen. Mitschuldig sind auch die Frauen, die ihre Männer den Organisationen ferngehalten haben. Sie alle müssen nun endlich einsehen, daß es die höchste Zeit ist, sich von ihren verkehrten Ansichten zu befreien. Sie müssen erkennen, daß nicht die modernen Organisationen die Feinde und der Ruin der Arbeiter, sondern ihre Stützpunkte sind. In Schweden kämpfen zurzeit die Arbeiter aller Verufe einen harten Kampf mit dem Unternehmertum. Die schwedische Arbeiterkraft wurde gezwungen, in den Generalstreik einzutreten, nachdem vom Unternehmertum Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen ausgesperrt worden waren. Was sich augenblicklich in Schweden abspielt, kann auch einmal in Deutschland eintreten. Ausprägungen der Maurer durch das Unternehmertum sind bei uns häufig. Um derartigen Kämpfen mutig ins Auge sehen zu können, bedarf es einer Massenbewegten Arbeiterkraft; für etwaige Klassenkämpfe müssen auch die Frauen vorbereitet sein. Darum, ihr Maurerfrauen, steht nicht wie bisher abseits und interessiertlos da, sondern jort vor allem dafür, daß eure Männer in euch keinen Hemmschuh haben, wenn sie dem Verbandsangehörigen wollen, sporn sie an, daß sie tüchtige Mitglieder der Arbeiterbewegung sind.

Frieda Wulff, Berlin.

Politische Umschau.

Bälou läßt sich „huldigen“. — Wirkung der neuen Steuern. — Bierkrieg. — Erhöhung der Fleischpreise. — Die schlechten Zeiten und die Agrarier. — Neue Volkserziehung für Luftschiffe. — Die „wohltuende“ Behandlung der Soldaten. — Friebskündigung der Räter Sozialdemokratischen Arbeiterkraft. — Untersuchung der Frage der Arbeitslosigkeit in Holland.

Fürst Bälou, der gewesene Reichstangler, scheint das Bedürfnis zu fühlen, auch jetzt als Privatmann von sich reden zu machen. Wie kürzlich aus Morderny berichtet wurde, trafen mehr als 400 Männer und Frauen aus Wilhelmshafen dort ein, um dem Fürsten Bälou zu „huldigen“. Sie marschierten vom Hafen mit Musik nach der Wohnung des Fürsten, der eine Deputation empfing und auf eine Ansprache erwiderte. Möglich, daß Bälou sich in einer Art Märtyrerkolle gefühlt — geschmacklos ist es jedenfalls, nicht, derartige „Huldigungen“ entgegenzunehmen, am allerwenigsten dann, wenn man als einstiger leitender Staatsmann auf so wenig rühmliche „Verdienste“ zurückblicken kann wie Bälou. Und er hat keine Ursache, auf derartige „Huldigungen“ stolz zu sein, sind sie doch in diesem wie in jedem andern ähnlichen Falle der Ausdruck politischer Vorurteile und Unwissenheit von Menschen, die in einer Zeit ernstlicher politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse nichts Besseres zu tun wissen, als zu „huldigen“.

Daß gerade die gegenwärtigen Verhältnisse sehr erste sind, darüber ist sich wenigstens die deutsche Arbeiterkraft klar. Die so rühmlich „erledigte“ Reichsfinanzreform ist ganz dazu angetan, den Ernst unserer Zeit barzulegen, der sich begreift in einer rücksichtslosen und verbrecherischen reaktionären Volksausbeutung und Interessenpolitik. Schon jetzt melden sich die unheilvollen Wirkungen der Reichsfinanzreform in einem rapiden Steigen der Preise der betroffenen Konsumartikel.

Und wenn die Regierung die neuen Steuergesetze mit ihrer fribolen Durchsetzung als „erledigt“ betrachtet — für die weiten Volksteile sind sie es nicht. Allerdings steht ja für diese das eine fest: sich unter allen Umständen mit dieser Mehrbelastung, mit dieser neuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung abzufinden. Aber bei Erörterung dieser Frage ist in den letzten Wochen mehr und mehr die Abwälzung der neuen Steuern auf die Konsumenten Gegenstand des allgemeinen Interesses geworden, die in einer Weise vor sich gehen soll, daß nicht mehr die Rede sein kann von einer bloßen Abwälzung der Steuerlast auf den Konsum; man verläßt vielmehr in den Kreisen der Produzenten eine Preisenerhöhung durchzuführen, die weit hinausgeht über die festgelegten Steuersätze und die den Produzenten einen riesigen Profit sichern soll. Das gilt in erster Linie von Bier. Die Großbrauer insbesondere glauben die Gelegenheit wahrzunehmen zu müssen, einen Laufzug auf die Taschen der Konsumenten auszuführen. Aber so glatt wie sie sich die Sache denken, geht sie nicht. In einer ganzen Reihe von Städten ist man zu energischen Abwehrmaßnahmen geschritten, die zu einem regelrechten Bier-

Krieg führten, so in Leipzig, Dresden, Greiz, Kiel, Jena, Gießel, Kitzsch, Neuz a. S. u. a. Wird einerseits der Kampf zwischen Brauereien und Gastwirten geführt, so werden andererseits vielfach die Gastwirte seitens der Konsumenten boykottiert. Die Folge davon ist ein erheblicher Rückgang des Konsums.

Wenn sich die Gastwirte gegen die Raubgelle der Brauereien wehren und ebenfalls die Konsumenten den Kampf gegen diese aufnehmen, wie auch die übertriebenen Forderungen von Wirten mit Boykott beantwortet, muß man die Berechtigung dieser Maßnahmen anerkennen. Es kann keine frivole Geschäftspolitik geben, als gelegentlich einer Steuererhöhung den ohnedies schon von Reichs und von „Rechts“ wegen übermäßig geschöpften Konsumentenmassen noch eine Extrabelastung aufzuerlegen.

In der Tabakindustrie macht sich der „Gegen“ der Finanzreform längst durch Entlassung von Arbeitern bemerkbar; halb wird das deutsche Volk den ganzen Segen verspüren, und manchem werden die Augen aufgehen, wenn erst die neuen Steuern ihre volle Wirksamkeit ausüben.

Hingru kommt, daß auch die wichtigsten Volksernährungsmittel eine ständige Verteuerung erfahren. So das Schweinefleisch. Es kosteten im Durchschnitt des Monats Juli 50 kg an nachstehenden Plätzen in Mark:

Table with 5 columns: Location, 1906, 1907, 1908, 1909. Rows include Berlin, Breslau, Magdeburg, Hamburg, Dortmund, Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart, Göttingen.

Die Herren Junker allerdings betrachten die Wichtigkeit dieser Zahlen, zu widerlegen vermögen sie diese aber nicht; denn selbst die agrarische Zentralkasse der preussischen Landwirtschaftskammern stellt das ungewöhnliche Steigen der Schweinepreise unzweifelhaft fest. Unsere „Ochsen“ und „Rinder“ der Nation gehören ja bekanntlich zu den größten und unberühmtesten Schreibern, wenn von schlechten Zeiten die Rede ist. Aber während im deutschen Vaterlande der Genuß von Fleisch für Tausende von Arbeiterfamilien schon längst ein unerhörtes Luxus ist, erfahren die Lieblingsgerichte der Herren Agrarier keinen Rückgang im Konsum. Die Wirkung der schlechten Zeiten, unter denen der Arbeiterstand schwerer leidet, beeinträchtigt die Versorgung des deutschen Marktes mit den seltenen Delikatessen, vor allem mit Aufzehr, Summern und Kaviar, sehr wenig. Die Kaufkraftfähigkeit Deutschlands scheint vielmehr im laufenden Jahre, dank der glänzenden Lage der Großagrarier, teilweise sogar schon wieder zu wachsen. Die Einfuhr von Summern, die im ersten Halbjahr 1908 nur in 4035 Doppelzentnern erfolgte, betrug im ersten Halbjahr 1909 schon 5149 Doppelzentner und repräsentierte einen Wert von 1,65 Millionen Mark gegenüber 1,48 Millionen im Vorjahre. Der größte Teil der Sendungen kommt aus Norwegen, Dänemark und dem britischen Amerika. Auch die Einfuhr von Aufzehr ist etwas größer als 1908: sie betrug damals 4136 Doppelzentner im ersten Halbjahre, diesmal aber 4103. Der Wert dieser Einfuhr wird dieses Jahr auf 269 000 angegeben gegen 267 000 im Vorjahre.

Derartige Gegenüberstellungen sind recht charakteristisch; unsere Agrarier scheinen also doch noch ganz „standesgemäß“ aufzufomieren.

Während so die Folgen einer verfehlten und maßlos ungerechten Zoll- und Steuerpolitik ihre Wirkung ausüben, eröffnet sich dem deutschen Volke die trübliche Aussicht, in absehbarer Zeit mit weiteren Belastungen bedacht zu werden. Der Militarismus fordert sie abermals, und zwar handelt es sich diesmal um Luftschiffe. Wo und wann immer auf dem Gebiete der Technik und Wissenschaft Erfolge zu verzeichnen sind, die an sich betrachtet als hochbedeutende Faktoren für den kulturellen Fortschritt gewürdigt werden müssen — immer ist es in erster Linie der Militarismus, dem die zugute kommen, der sie sich zunutze macht. So stellt er auch jetzt die Erfolge auf dem Gebiete der Luftschiffahrt in seinen Dienst. Graf Zeppelin baut fleißig Luftschiffe, und das Reich nimmt sie ihm ab. Damit ist es aber nicht getan, denn diese Luftschiffe machen nicht nur einmalige Ausgaben, sondern auch eine Menge fortwährender, und zwar stets steigender Ausgaben notwendig. Zunächst müssen Hallen gebaut werden, und dann ist auch Wohnraum für die Ballons nötig; denn die Militärverwaltung hat natürlich nicht die Absicht, die Luftschiffe, sein äußerlich zusammengepackt, irgendwo lagern zu lassen! So wird jetzt mitgeteilt — und diese Meldung ist zweifellos richtig —, daß im neuen Etat gang und gäbe Mittel verlangt werden für eine große Vergrößerung der Luftschiffabteilung. Angeblich soll das

Bestehen vorhanden sein, für die Luftschiffahrt eine Elite-truppe heranzubilden. Es ist klar, daß auf diese Weise der Militarismus wieder um Millionen in die Höhe schnellen wird. Also, deutsches Volk, freue dich! Der jüngste Überfall wird nicht der letzte sein!

Militarismus, Marxismus — in diesen Worten begreifen sich die Ursachen des ganzen Unheils der Volkshelastung. Immer aufs neue macht man das Volk tributpflichtig für militärische Zwecke, türdet ihm neue Steuern auf; aus Söhnen des deutschen Volkes rekrutiert sich unser Heer. Man sollte meinen, daß es die Pflicht der Regierung wäre, sich zum wenigsten das Wohlergehen derer angelegen sein zu lassen, die ihrer Militärpflicht genügen. Wir denken dabei nicht an die schandbaren Soldatenmißhandlungen. Aber bekanntlich ist die Erhöhung der Soldatenlöhne im Reichstage von der Sozialdemokratischen Steuerkoalition abgelehnt worden. Am jedoch nicht allzu volksfeindlich zu erscheinen, verziehen die Sozialdemokraten in einer Resolution, daß im nächsten Jahre die Erhöhung durchgeführt und eine entsprechende Summe in die Haushaltsrechnung des Deutschen Reichs eingestellt werden solle. In des Versprechen und Galten sind zweierlei. Auch im nächsten Jahre werden wieder die Mannschaften auf eine Erhöhung ihrer fargen Löhne verzichtet werden müssen. Wie eine halbhoftige Korrespondenz meldet, wird der nächstjährige Etat keine Erhöhung der Mannschafslöhne für Heer und Flotte, wie sie ursprünglich beabsichtigt war, vorschlagen, da man erst die Wirkung der neuen Steuern abwarten will. Der neue Militäretat ist noch nach den Vorschlägen des bisherigen Kriegsministers v. Einem aufgestellt worden. Auch im folgenden zweiten Jahre ist in Anbetracht des tiefen Defizits der Reichseinnahmen kaum auf eine Erhöhung zu rechnen. Das wird kaum dazu beitragen, die Dienstfreudigkeit der Soldaten zu erhöhen!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung ist bemerkenswert eine Demonstrationssammlung der sozialdemokratischen Arbeiter-schaft in Kiel gegen den Militarismus und für den Weltfrieden. In drei großen Versammlungen, die insgesamt von 7000 bis 8000 Personen besucht waren, sprachen neben den deutschen Genossen K. Legien, E. B. Bernkain und E. Adler die Genossen Ramfah MacDonald, Vertreter der Arbeiterpartei im englischen Unterhaus, A. C. Meyer, Vertreter der sozialdemokratischen Partei im dänischen Folketing, und August Nielsen, Vertreter der Sozialdemokratie in der zweiten schweidischen Kammer. Die Kieler Polizeibehörde hat sich bei dieser Gelegenheit die rechtliche Mühe gegeben, die Demonstration zu verhindern. Die zunächst nachgefragte Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel wurde unter den wichtigsten Gründen verweigert; seitens der Regierung in Schleswig wurde keine Erlaubnis gegeben, daß die ausländischen Genossen dänisch resp. englisch sprechen dürfen! Das alles aber vermochte nicht zu verhindern, daß die Demonstration maßvoll und erheben verlief.

In Holland ist durch königlichen Erlass eine Staatskommission eingesetzt worden zur Untersuchung der Frage, was die Regierung in Zukunft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und deren Folgen tun könne. Die Kommission besteht aus 36 Mitgliedern von sozial und politisch verschiedener Stellung und Richtung. Präsident ist Professor Treus, ein namhafter bürgerlich-radikaler Sozialpolitiker. Als Mitglied gehört auch Genosse Dr. Troelstra, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Kammerfraktion, der Kommission an, und aus den Gewerkschaften Genosse Keesing von Diamantarbeiterbund und Genosse Deffers vom Metallarbeiterbund. Die Kommission hat den Auftrag, dem Arbeitsministerium ein Gutachten (eventuell auch einen Minoritätsbericht) und förmliche Anträge zu unterbreiten.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Eckernförde (Aussperrung), Eutin (Sperrung über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperrung über Meyer aus Segeberg), Bücheladorf (Sperrung über Schmidt in Kasdorf), Ohlstedt (Sperrung über Barkmann in Wiemerskamp);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrung über Holdorf);

Brandenburg:

Bad Schönlass (Aussperrung), Lehnia (Sperrung über Koerber, Horn, Jacob in Lehnia und Wendt in Götz), Fürstenwalde (Sperrung über Patal bei den Arbeiten der Firma Pintsch), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe); Michendorf i. d. M. (Sperrung über Lose), Gr.-Räsechen (Sperrung über Reinhold Grund);

Pommern:

Swinemünde (Sperrung über den Kirchenneubau in Ostwin), Traplow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperrung über Peters in Lütmansdorf);

Ost- und Westpreußen, Posen:

Labischin (Sperrung über die Unternehmer Quade und Gorzynski), Rawitsch, Schlochau, (Differenzen);

Königreich Sachsen:

Leipzig (Sperrung über Winkler, Steinstrasse, und K. Bernhardt, Mückern, Lobenthalstrasse), Mülsen (Sperrung über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Boradorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperrung über Hünke in Weigsdorf), Frankenberg (Sperrung über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperrung über Thiemer und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neunkirchen), Oederwitz (Sperrung über die Bauten der Unternehmer Krüsing und Neumann), Neustadt (Sperrung über Anton), Taucha b. Leipzig (Sperrung über Fahnert aus Mückern);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Wettin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Weissenfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schied), Schkeuditz (Sperrung über Reiwand);

Schlesien:

Landeshut, Militsch, Kreuzburg-Pitschen (Streiks), Bunzlau (Sperrung über die Feinwebfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler), Ohrdruf (Differenzen auf dem Truppenübungsplatz);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Badbergen, Hude, Kirchwehe, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Brinkum, Buxtehude, Delmenhorst, Emden, Goslar, Holzminde (Aussperrungen), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), Saarbrücken und Umgegend (Aussperrung), Minda (Sperrung über Akmann in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperrung über Riese), Ayrath (Sperrung über den Bau der Lungenhollanstalt), Dortmund (Sperrung über Lubbe);

Hessen-Waldeck:

Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian), Büttelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Herfeld (Sperrung über Tomporz), Darmstadt (Sperrung über Gg. Ph. Petri IV in Reinheim i. O.), Frankfurt a. M. (Sperrung über die Betonbaufirma Ermold in Offenbach, Differenzen bei den Arbeiten der Betonbaufirma Ranke am Gaswerk in Hanau);

Bayern:

Forchheim (Streik), Ansbach (Sperrung über Router), Freilassing (Sperrung über Wannersdorfer und Eisenrieth), Markt-Redwitz (Differenzen);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik), Hockenheim (Sperrung über Riehl), Zabern-Lützelburg (Sperrung über Holzmann & Co., Tunnelbau);

Friesenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer: Hamdorf, Meyer, Groszki & Beiersdorf, Döcher bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villeroy & Boch), Breslau (Sperrung über Gebrüder Huber), Köln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karbaum aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbrück & Mathois), Nürnberg (Sperrung über Ostertag & Herbst und über den Zwischenunternehmer Freudenberg), Coblenz (Sperrung über Caspari), Breslau (Differenzen);

Isolierter und Steinhölzler:

Breslau (Streik), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperrung über Ziegler & Fritsche), Köln (Sperrung über die Korkkellwerke), Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Reinhold & Co.).

Oesterreich:

Komotau (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen).

Über die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Jena und Eudem haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Tarifverträge.

Dienstag, den 17. d. M., wurden von den Zentralvorständen 55 auf Grund des Vertragsinstitutes abgeschlossene Tarifverträge unterzeichnet. Von den Verträgen gelten:

- 12 für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter,
8 „ Maurer und Zimmerer,
8 „ Maurer und Bauarbeiter,
10 nur für Maurer,
9 „ Zimmerer und
8 „ Bauarbeiter.

An der Vertragsschließung sind beteiligt die Zentralverbände der

- Maurer in 36 Fällen
Zimmerer " 26
Bauhilfsarbeiter 27

Der christliche Bauhandwerkerverband ist an 7 Verträgen beteiligt.

Insgesamt sind in diesem Jahre von den Zentralvorständen 88 Verträge genehmigt und unterzeichnet worden.

Gau Bremen.

In Wilhelmshaven brachen bei der Firma Lange schwere Differenzen aus, die zur Arbeitsniederlegung führten. Die Firma, die dem Arbeitgeberverband nicht angehört, kümmerte sich um die tariflichen Ermäßigungen in Wilhelmshaven nicht.

In Delmenhorst ist es ebenfalls noch zu keiner Verständigung gekommen. Der Unternehmer Carl Zwisterling ist ratlos. Er möchte gern einen gelben Verein für Maurer haben; da aber unsere Kollegen sich nicht von selbst zu einer solchen Gründung verstehen, labet er als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe die Kollegen, die er reif für eine gelbe Gründung hält, zu Versammlungen ein.

In Vingen haben sich unsere Kollegen, nachdem der Streik acht Wochen gedauert hat, nochmals an die Unternehmer gewandt und um Unterhandlungen nachgesucht. Sie erhielten folgendes Schreiben:

Vingen, den 15. 8. 09. An die vereinigte Lohnkommission der Ortsverbände Vingen.

Bezüglich Ihres Schreibens vom 13. 8. teilen wir auf Wunsch mit, daß wir eine Verhandlung mit der vereinigten Lohnkommission für zwecklos halten, weil der Arbeitgeberverein nach wie vor an seinen gefassten, Ihnen bekannten Beschlüssen festhält.

Unsere Kollegen in Vingen denken gar nicht daran, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Kampf geht also weiter.

In Emben sind die vertragsbrüchigen Unternehmer auf der Suche nach Arbeitswilligen. Sie haben sich das Rheinland und Westfalen als Tätigkeitsfeld ausgesucht.

In der Ausperrung in Brünium ist keine Umänderung eingetreten. Die Ausperrten arbeiten fast alle in Bremen.

Auch von den Streiks in Kirchwehe und Badbergen ist nichts Neues zu berichten.

Gau Ostlitz.

Die Sperre des Zweigvereins Junglau über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co. besteht weiter. Die Fabrikleitung hat bereits erkennen müssen, daß sie mit dem Arbeitswilligen nicht auskommen kann; einige davon sind schon entlassen worden.

In Sternförde-Vorby haben Verhandlungen stattgefunden, die aber ohne Ergebnis blieben, da die Unternehmer eine Lohnerhöhung für dies Jahr nicht bewilligen

wollten, vielmehr die in der ersten Verhandlung gemachten Zugeständnisse wieder zurückzogen. Jetzt wird es darauf ankommen, den Zugang zu äußerer Strenge fernzujagen, denn zweifellos werden die Unternehmer trachten, Streikbrecher von außerhalb heranzuschleusen.

Gau Mannheim.

In Pforzheim hat sich noch nichts von Belang geändert. Die Unternehmer schleppen Streikbrecher hinein und die Streikenden bringen sie wieder heraus. So geht es weiter, und der Stand des Kampfes verändert sich dabei nicht.

Die Streikenden fielen am 12. Juli, nachts 1 1/2 Uhr, im „Livol“ und bedröhen die Ereignisse des Tages, als ein Streikposten die Meldung bringt: Am Bahnhof dorthat, der Durlacherstraße zu, ist eben ein Weisungswagen gefahren, in dem sich Maurer befindet. Nun los, dem Wagen nach. Es stellt sich heraus, daß es nur eine Vermutung von dem Streikposten war, und ein Streikender sagt auch gleich: Hü, hü! nur fort, es ist nichts los! Dem Kutscher des Wagens, Fuhrmann E. Jörn von Gutingen, wurde kein Haar gekrümmt, trotzdem Verhaftungen und Geschrei in der bürgerlichen Presse über den „Gewalttat“, wie Wachmeister Jörger den Vorgang so nett bezeichnete.

Als Streikbrecher tun sich besonders die Dieburger Marobre herbor. Diese „Kollegen“ werden es noch manchmal zu fühlen bekommen, welche Erbitterung sie durch ihr Verhalten gegen sich herbeigeführt haben.

Bei einer Subvention und die Maurerarbeit an der Nealschule blieben die beiden hervorragendsten Scharfmacher die Mindehforders. Während sich die Angebote der meisten Geschäfte zwischen M. 140 000 bis 152 000 bewegten, forderte E. Goldmann nur M. 132 807 und Leop. Sieber M. 131 382.

Gau München.

In Freilassing war es uns gelegentlich des Tarifabschlusses 1908 für Weidenhall und Freilassing nicht möglich, dem Tarif volle Geltung zu verschaffen. Unternehmer Wannersdorfer und noch ein paar andere Krautler wollten vom Vertrage nichts wissen, die Organisation unserer Kollegen war aber nicht bereit, daß man es auf einen Kampf hätte ankommen lassen können.

Gau Nürnberg.

Von Ansbach teilt man uns mit, daß bei dem Unternehmer Heuter 40 Maurer und 30 Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Ueber die Ursachen ist uns nichts bekannt.

Gau Stettin.

Von Bries haben wir irrtümlich berichtet, daß der Unternehmer Hansen nur Streikbrecher beschäftigt. Das ist richtigzustellen. Es handelt sich nicht um Streikbrecher, Hansen zahlt den geforderten Lohn nur an Streikbrecher, während die streikenden Kollegen, die bei Hansen in Arbeit trafen, den alten Lohn erhalten.

Belanntmachung des Vorstandes.

Stiergeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 16. bis 21. August für folgende Mitglieder erteilt:

- Geinr. Esser-Göln, Berch.-Nr. 147 528; Otto Kollke-Dromberg (Frau), 278 906; Paul Eckert-Berlin, 1290; Fritz Gräbe-Berlin, 261; Willy Böhler-Berlin, 106 447; Karl Schrotz-Schwarg (Frau), 390 512; Franz Gienke-Stettin, 45 934; M. Meibohm-Löbner, 362 574; Aug. Thürow-Zetorow (Frau), 104 089; Geinr. Brodth-Premerhagen (Frau), 55 713; Franz Bonde-Rüdingberg i. Pr., 504 949; E. Stalter-Blögheim, 282 200; Fritz Magon-Burgelnde (Frau), 148 020; Georg Kreuz-Schopfloch (Frau), 194 732; Hugo Winkler-Dresden, 18 143; Karl Jümpe-Dresden, 19 110; Wld. Vogel-Plauen, 123 670; M. Häfelbarth-Merane (Frau), 86 677; W. Sieb-Sehauen i. d. Alt., 198 790; W. Schiller-Berlin (Frau), 502 861; W. Seibert-Gießen, 363 228; W. Anterlein-Grevesmühlten, 183 641; Ed. Müd-Dortmund (Frau), 62 964; Geinr. Schwalm-Fraustadt a. M. (Frau), 191 979; W. Wühlendör-Münster, 276 079; Gust. Voms-Sriegau, 415 281; Peter Schmamm-Gelbe, 330 841; Ernst Thielmann-Brandenburg, 55 671; Johs. Hüttig-Hamburg, 26 701; G. Berlin-Hamburg, 29 633; W. Dietrich-Fürstenwalde, 70 446; Chr. Schuchard-Hagen, 481 653; W. Richter-Herringen, 200 580; J. Brumforth-Delmenhorst (Frau), 42 423; W. Mertins-Magdeburg, 115 990; Andr. Kraus-Grangon, 150 112; Fr. Wittl-Mainz (Frau), 40 435; Jac. Stern-Karlruhe, 218 493; Joh. Angerer-München, 228 584; Emil Gerlach-Rüdingberg i. Pr., 503 304; Franz Eijelt-Zittau, 382 884; G. Kollus-Berlin (Frau), 157.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Refensbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 21. August 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Aus M. 400, Alt-Mahlsfeld 150, Annaberg 230, Braunruh 16, Borghorst 9 53, Briesen b. Brand 32 31, Bitterfeld 600, Burg b. Magdeburg 2 50, Borsdorf 75, Bützow 150, Crimmitschau 400, Glemnitz 700, Gamburg 150, Gießhain 100, Damsig 800, Dortmund 800, Delitzsch 400, Detmold 200, Efurt 350, Falkenstein 400, Gera 300, Göttingen 200, Gommern 350, Gabelsdorf 100, Geritz 750, Giesfeldt 300, Gabelsdorf (von Streif zurück) 198 75, Hagenow 89, Jena 400, Könnigke 2 38, Koyna 100, Lütz i. M., Bärach 100, Mühlhausen i. Thür. 190, Mittweida 600, Müden 5000, Nossen 100, Neudorf 150, Deynhausen 150, Regis 54 48, Rößitz 200, Regensdorf 200, Rothenburg a. M., Stendal 400, Sulzb. a. S., Schwedt-Löwenitz 615, Sebnitz 600, Sehmiedeb. 200, Seiffen 350, Traunstein 100, Helzen 300, Wittenberg 200, Werban 400, Würzburg 686 75, Zittau 500, Zerbst 150.
b) Für Futterale.
Bahn M. 1, Schwedt-Löwenitz 8.
c) Für Protokolle.
Königlee M. 1, Lützsch 1.
d) Für Jahrbuch.
Bahn M. 50, Traunstein 50.
e) Für Einband und Decken vom „Grundstein“.
Traunstein M. 1, 10.
f) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.
Schmitt M. 61, 50, Godesberg 1, 10, Lützsch 3, 75, Traunstein 1, 50.

Marken-Verband. Vom 9. bis 21. August sind Marken gerichtet worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalforndsmarken):

- Arnsvalde 800 B & 40 A, Mchaffenburg 400 B & 40, 400 B & 45, 1000 B & 50, 200 B & 65. Annaberg 1200 B & 35, 20 A & 25. Alt-Cosel 400 B & 65, 600 B & 45, 100 A & 25, 50 E & 50. Annaberg 400 B & 10. Numa 100 B & 40. Wittenberg 10 E & 50. Wugsburg 400 B & 30, 100 A & 25. Annaburg 10 E & 150, 100 A & 25.
Breitlingen 300 B & 30 A, Brandis 1200 B & 45, 800 A & 25. Brate 400 B & 55. Bergen a. Rügen 500 B & 45. Burg b. Magdeburg 2000 B & 45, 100 B & 60. Bucholtz 600 B & 55. Borsdorf 200 B & 50, 100 B & 60. Blumenhal 60 B & 50, 100 A & 25. Wittenberg a. G. 2000 B & 40. Warth 1 E & 300. Wrißlow 200 B & 40.
Cughaben 2000 B & 60 A, 30 E & 50, 100 A & 25. Cölbe 400 B & 35, 100 A & 25, 100 B & 20. Crefeld 2000 B & 65, 1000 B & 60, 1000 B & 55, 200 A & 25. Gamburg 400 B & 50. Cöpenick 1000 B & 70, 10 E & 60, 300 K & 10.
Ditum 100 B & 45 A, Dirschel 50 E & 50, 300 B & 35. Dirschelhof 10 000 B & 70, 400 A & 25. Dessau 20 B & 150, 50 B & 30. Delligen 200 B & 35. Döbelen 4000 B & 40, 2000 B & 35. Droschig 300 B & 45, 300 B & 40. Dzialan 200 B & 45. Deutsch Eylau 1000 B & 45.
Erfurt 400 B & 50 A, 300 B & 60. Embden 15 E & 150. Eichhof 200 B & 40. Erlimbüttel 100 A & 25. Elmshorn 1000 B & 60.
Freilacht 400 B & 35 A. Glensburg 200 B & 45. Gorchheim 100 A & 25, 25 E & 50, 500 B & 25. Falkenstein 5 E & 300, 1200 B & 45.

agitation teilte Kollege Wilhelm Schneider mit, der Verbandsvorstand beschloß, vom 20. September bis 12. Oktober eine allgemeine Agitation über ganz Deutschland zu entfalten, wobei alle Kollegen für zahlreicheren Besuch der Versammlungen Sorge tragen müßten. Auch mußte am weiteren Ausbau der Organisation in den Zählstellen jetzt unausgesetzt gearbeitet werden. Unter „Anträge und Wünsche aus den Zählstellen“ wurde der Wunsch geäußert, es möge der seit einiger Zeit beliebten Praxis einiger Firmen, am Abend heute zu entlassen, um am andern Morgen wieder andere einzustellen, entgegengehandelt werden. Weiter wurde die Befestigung der Klassenfront in Sieben angeregt, da ein Teil unserer oberheftlichen Kollegen darunter zu leiden habe. Ein Antrag wollte auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Frage der Affordarbeit gestellt haben. Schneider und Zimmer sagten Abhilfe zu, er suchten aber, in allen Fällen für die Schlichtungskommission Material zusammenzustellen. Kollege Herrmann besprach dann die zu ergreifenden Maßnahmen zur weiteren Verbreitung der Arbeiterpresse unter unsern Kollegen. Er empfahl, die Verwaltungen mögen sich mit den Parteifunktionären in den einzelnen Orten in Verbindung setzen, um auf Grund der Abonnentenlisten Hausagitation betreiben zu können. Weiter wies er auf die Broschüren und Bücher hin, die den Zählstellenbüchsen zugeführt sind, und ermahnte, für eifriges Lesen derselben zu agitieren, damit unsere Kollegen einen klaren Blick für das Gesehene und für das Kommende gewinnen. Dann wies er noch auf die in der Woche vom 16. bis 26. August vorzunehmenden statistischen Erhebungen hin. Kollege Zimmer teilte mit, daß die Bauarbeiterkongressen am 5. September im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. stattfindet. Er hält es für dringend nötig, daß alle in Hessen-Rhassau liegenden Zählstellen (heftige Zählstellen kommen nicht in Frage) auf der Konferenz vertreten sind. Kleineren Mitgliedschaften sei zu empfehlen, daß sie sich mit den übrigen am Orte befindlichen Bauarbeiterorganisationen wegen gemeinschaftlicher Vertretung in Verbindung setzen, damit die Konferenz zu einer wirksamen Demonstration gegen die Nichtbeachtung der Arbeiterwünsche und Forderungen werde. Als Delegierte für das Gewerkschaftskartell wurden gewählt die Kollegen Heinrich Süttmann, Wilhelm Schneider, August Pfließ, Wilhelm Goldader, Bernhard Sig und K. Schneider; in die Bauarbeiterkongresskommission die Kollegen Georg Zimmer, Wilhelm Schneider, K. Oswald, K. Schneider, Wilhelm Ulrich, K. Scheurig und Michel Braun. Zimmer ermahnte noch um pünktliche Einsendung der Arbeitslosen-zählstellen, und Schneider ermahnte die Delegierten, darauf zu achten, daß kein Unfug mit dem Anspruch auf Zahlung der Arbeitslosenzulagen aus der Zweigvereinskasse getrieben werde. Ferner ermahnte er um genaue Befolgung aller gegebenen Anweisungen, damit wir in Zukunft wieder vorwärtskommen.

Greifswald. Am 17. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die verhältnismäßig gut besucht war. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Heberg gewählt. Der Kollege Nowetter erstattete Bericht von der Kartellzeitung. Danach befinden sich die Brauereiarbeiter der Perlesbrauerei in der Lohnbewegung. Da die Direktion die nachstehenden Forderungen der Arbeiter nicht anerkennen will, wurde in einer Sitzung der Kartellvorstände von Straßburg, Wolgast und Greifswald der Vorschlag über die Brauerei verhängt. Zum Herbst findet die Gewerkegerichtswoche statt. Da wir bei der letzten Wahl siegten, müssen wir auch diesmal Sieger bleiben. Es wurden fünf Genossen gewählt, die die Vorbereitungen treffen. Die statistischen Erhebungen finden vom 16. bis 22. August statt. Hierzu meldete sich ein Kollege freiwillig. Die Lohnkommission berichtete über den Bau der Landwirtschaftsschule in Eldena. Es wird der vereinbarte Lohn von 47% bezahlet; mit der Baubau erklärte sich die dort arbeitenden Kollegen zufrieden. Für die ausgeschperrten schwedischen Brüder wurden aus der Kassa 20 bewilligt. Eine Sammlung für denselben Zweck ergab M. 10.50. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kulm a. d. W. Am 15. August tagte hier nach langen Jahren wieder einmal eine Versammlung unseres Verbandes, in der Kollege Wendowski-Brandt über die Notwendigkeit einer festen Organisation sprach. An der Hand reichhaltigen Materials zeigte er, wie die Unternehmer von Kulm in sehr kurzer Zeit zu kapitalträchtigen Männern geworden sind. Wogegen die Kulmer Maurer in geradezu standeslosen Verhältnissen leben müssen. Die Unternehmer schrieben in Kulm wie Pilze aus der Erde und nach einigen Jahren sind sie Hausbesitzer, Willensbesitzer usw. Dies ist den Unternehmern nur möglich, weil unsere Kollegen bisher gleichgültig der Ausbeutung zusehen haben. Die Kulmer Unternehmer sind schon einige Jahre Mitglieder des Arbeiterbundes für das Baugewerbe. Unsere Kollegen dagegen laufen gleichgültig ohne Organisation herum und lassen sich mit 36 1/2 Stundenlohn bei eifriger Arbeit absperrten. Es gebe keine Stadt in Westpreußen, betonte er, in der solche niedrige Löhne gezahlt werden, wie es in Kulm a. d. W. der Fall ist. Wollen die Kulmer Maurer bessere Löhne- und Arbeitsverhältnisse schaffen, so bleibt ihnen nur der Weg zur Organisation übrig. Nur mit Hilfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands werden auch die Kulmer Maurer sich bessere Löhne erkämpfen können; denn das letztere der Fall ist, geht schon daraus hervor, daß hier in einem ganzen Jahrzehnt der Lohn fast gar nicht aufgebessert wurde. Die jetzigen Löhne wurden schon 1900 gezahlt. Nach Schluß des Vortrages ließen sich von 28 anwesenden Kollegen 22 als Mitglieder unseres Verbandes aufnehmen. Wie fast überall, so hatten sich auch hier die Arbeiterpersönlichkeiten zu der Versammlung eingefunden. Und zwar war es ein Säupfling der „Moderne“. Doch dieser Herr ertit ein glänzendes Beispiel. Nachdem er verkündet hatte, für seine Garde etwas herauszuschlagen, fertigte ihn Wendowski ziemlich scharf ab. Zum Schluß wurde dieser auch Arbeiterführer von den anwesenden Kollegen hinausgeschickt. Noch einige Worte: Wollen die Kulmer Maurer andere Verhältnisse schaffen, dann gilt es, die bisherige Gleichgültigkeit abzustreifen und mit einzutreten in die Reihen der zentralorganisierten Maurer Deutschlands, um mit ihnen zusammen. Schüller an

Schüller für eine bessere Existenz zu kämpfen. Dies gilt für die Kulmer Kollegen um so mehr, weil das Jahr 1910 auch für sie verhängnisvoll zu werden droht. Als Beispiel möge ihnen die Organisation der Kulmer Unternehmer dienen. Kollegen, es ist auch Euch möglich, eine bessere Lebenslage zu erringen, aber nur unter der Parole: Alle für einen und einer für alle! Darum vorwärts, Kulmer Maurer, auf der beschrittenen Bahn! Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!

Köthen. Am 19. August hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, zu der leider nur 27 Kollegen erschienen waren. Der Kassierer gab den Kassienbericht vom zweiten Quartal, der von den Kollegen mit Befriedigung aufgenommen wurde. Dann gab der Vorsitzende den Bericht vom Gewerkschaftskartell, wonach der seit zwei Jahren geführte Lokalbörsen aufgehoben wurde. Die Gründe hierzu wurden erläutert und das Verhalten einiger unserer Kollegen bei diesem Vorstoß einer Kritik unterworfen. Nur der Raub der hiesigen organisierten Arbeiterchaft ist es anzuschreiben, daß die Mißere des Lokalbörsens noch nicht beseitigt ist und wir den Vorstoß, der so schwere Opfer forderte, nicht zu unserem Gunsten beenden konnten. Ein Antrag, den um ihre Organisation kämpfenden schwedischen Arbeitern M. 50 zu überweisen, wurde angenommen. Nach einem Appell an die Anwesenden, die Arbeiter besser zu unterstützen und mehr Agitation unter den jungen Kollegen zu betreiben, erfolgte der Schluß der Versammlung. — Die Kollegen, die noch Bücher aus der Bibliothek haben, werden ersucht, diese sofort zurückzugeben.

Meiße. In der am 18. August im „Arbeiterkino“ abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende Ronge Bericht über die statistische Aufnahme der Sommerbauten in bezug auf Bauarbeiterlohn, der hier leider noch viel zu wünschen übrig läßt. Zu der Bauarbeiterkongresskonferenz in Breslau wurde Kollege Lübel als Delegierter gewählt. Eine längere Debatte entspann sich wegen Gründung eines Filiale der Kantensalze „Grundstein zur Einigkeit“. Kollegen, die zum Beitritt geneigt sind, mögen sich bis zum 1. September beim Vorsitzenden schriftlich melden. Zum Schluß ermahnte der Bauvorsitzende, Kollege Köhler, die Meißer Kollegen, sich für das kommende Jahr zu rüsten, das auch in Meiße nicht ohne Kampf vorübergehen werde. Da die Karte in ganz Schlesiens am 31. März 1910 ablaufen, sei es dringend nötig, daß wir Mann für Mann in der Organisation zusammenhalten. Auch die linksorganisierten sollen wir zu überzeugen suchen, daß unsere Organisation die einzig richtige ist.

Neuhadt a. d. Waldbach. Während es bis vor kurzer Zeit schwer war, in der Oberpfalz Versammlungen abzuhalten und dem Organisationsgedanken Eingang zu verschaffen, gelingt es jetzt infolge der guten Vorkäuflichkeit doch hier und da, in Versammlungen über die gewiß nicht guten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Gegend zu reden. So fand hier am 12. August im Gasthof „Zum Weißen Hohl“ eine allgemeine Versammlung für Maurer und Bauhilfsarbeiter statt, in der Kollege Mädelmann-Mündchen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über „die wirtschaftliche Lage und den Nutzen der gemeinschaftlichen Organisation“ referierte. An der Aufmerksamkeit der Zuhörer, den treffenden Zwischenrufen und dem Beifall am Schluß des Vortrages konnte man erkennen, daß der Redner die unhaltbaren Zustände richtig geschildert hatte. In der Diskussion wurde erwähnt, daß einige von gewisser Seite verheißene Arbeiter in ihrer Unwissenheit und Dummheit die angebotenen Einladungszettel abriefen. Es ist hier wie überall, sobald sich die Arbeiter zusammenschließen, um selbständig ihre Geschäfte zu regeln, fällt es dem Christentum ein, daß die Arbeiter auch noch vorhanden sind und daß es nun Zeit wird, einen Keil in ihre Reihen zu treiben und sie zu zerplittern. Das ganze nennt man dann „christlich organisieren“. — Da zurzeit in dem nahen Bellershof eine Zrennanstalt mit circa 80 Gebäuden errichtet wird — wobei eine fünfjährige Bauzeit vorgesehen ist — und da die Löhne der Maurer nur 37 bis 40 % und die der Bauhilfsarbeiter nur 30 % betragen, so ist es Pflicht unserer Kollegen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Organisation zu stärken, insbesondere für guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der letzte Mann muß für unsere Organisation gewonnen werden, dann wird es auch möglich sein, Verbesserungen zu erlangen für alle. Lue also jeder seine Schuldigkeit!

Odenburg i. Gr. Unsere am 17. August stattgefundene regelmäßige Zweigvereinsversammlung besaß sich mit den Ausführungen des Vorsitzenden der Bauarbeiter in Odenburg auf dem diesjährigen Verbandstage der Bauarbeiter zu Köln, auf dem er sich einer Verleumdung der Lohnkommission der Maurer von 1907 und einer Weledigung des Zweigvereins Odenburg schuldig machte. Nachdem in einer kombinierten Vorstandssitzung der Genossen Janßen seine Aussagen nicht zurücknehmen wollte, trotzdem ihn seine eigenen Kollegen der bewährten Lüge bezeugten, sah sich der Zweigverein genötigt, hierzu Stellung zu nehmen. Der Genosse Janßen führte auf dem Verbandstage der baugewerblichen Hilfsarbeiter folgendes aus (Seite 378 des Protokolls): „Mir ist hierher kam, hatte ich die Absicht, gegen die Verschönerung zu stimmen. Durch den Verlauf der Debatte bin ich schon etwas aufgeklärt worden, daß ich noch so halb und halb gegen die Verschönerung bin, liegt daran, daß wir Bauhilfsarbeiter im Wirtschaftsleben am meisten zu leiden haben, und ich fürchte, wir werden bei einer Verschönerung unsere Löhne nicht so leicht erhöhen können. Der Gesellenrat und Junggeißel wird bei den Maurern niemals verschwinden. Als wir 1907 in Odenburg mit den Unternehmern unterhandelten, verlangten wir Bauhilfsarbeiter für 1909 noch eine Zulage, aber die Maurer sagten: „Was wollt Ihr denn? Wir sind ja auch zufrieden, warum verlangt Ihr denn noch mehr?“ Ich erwiderte den Maurern: „Wir sind eine selbständige Organisation und wissen, wo uns der Schuh brüht, wir verlangen die Zulage.“ Rathlos haben wir dann die Zulage bekommen, die Maurer aber nicht.“ Die weiteren Ausführungen kamen für den Zweigverein nicht in Betracht. Eine bewußte Lüge ist es, daß die Lohnkommission solche Ausführungen gemacht hat. Ferner

ist es eine Frechheit, wenn vom Genossen Janßen gesagt wurde, sie haben die Zulage erhalten, die Maurer aber nicht. Da die Maurer nicht mehr verlangt hatten, konnten sie auch nicht mehr bekommen. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt die Ausführungen der Genossen Janßen auf dem Verbandstage der baugewerblichen Hilfsarbeiter zu Köln in bezug auf die Lohnbewegung von 1907 als grobe Verleumdung der damaligen Lohnkommission und als Weledigung des Zweigvereins Odenburg. Sie betrachtet Janßen solange als einen bewußten Lügner, bis er diese Ausführungen juristisch oder den Wahrheitsbeweis erbracht hat.“ Dann entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage der Affordarbeit. Da seit längerer Zeit bei einigen Unternehmern Reparaturarbeiten in Afford ausgeführt wird und dies in Odenburg im allgemeinen nicht üblich ist, wurde vom Zweigverein hierzu Stellung genommen. Nach längerer Debatte wurde die Beschlußfassung über das Verbot der Affordarbeit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt, in der der Kollege Hübner ein Referat über „Die Schicklichkeit der Affordarbeit“ halten soll. Beim Punkt „Beschönerung“ wurden den in Sieben sich im Generalrat befindlichen Genossen M. 100 bewilligt und sofort an die Generalkommission der Gewerkschaften abgehandelt. Sodann wurden noch grobe Mißstände beim Unternehmer Hegeler in bezug auf Gerüstbau und Leitertänge besprochen. Die Sache soll der Hauptasse gemeldet werden. Mit einem Appell an die Kollegen, sich mehr der politischen Organisation, d. h. der sozialdemokratischen Partei zu widmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. In der am 15. August abgehaltenen regelmäßigen Generalversammlung gab der Kollege Wehring den Kassienbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme und Ausgabe der Kassa liefen sich auf M. 2992.15, von den Hauptausgaben wurden am Orte verausgabt: für Reiseunterstützung an Streikende M. 9, für Reduktion M. 15.83, für Gemäßigtenunterstützung M. 7.15, für Krankenunterstützung M. 297.20, für Sterbunterstützung M. 50. Der Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen betrug M. 782.82. Die Einnahme der Lokalfasse betrug mit dem vorhandenen Bestand vom vorigen Quartal M. 6906.27. Die Ausgabe der Lokalfasse belief sich auf M. 1383.00, so daß am Schluß des zweiten Quartals ein Kassienbestand von M. 5563.18 verblieb. 80 Kollegen wurden dem Verband im zweiten Quartal neu zugewählt. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug pro Mitglied 11.2 Wochen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Beitragsleistung in mehreren Zählstellen weit hinter dem „Soll“ zurückgeblieben ist, was im dritten Quartal unbedingt nachgehoben ist. Mitgliederversammlungen haben insgesamt 82 stattgefunden, sie waren meistens nur mäßig besucht. Die Arbeitslosigkeit war im allgemeinen minimal. Eine kleine Aufwärtsbewegung war zu betonen in der Bürgermeisterei Samborn. In allen andern zum Zweigverein gehörenden Orten, insbesondere in sämtlichen Zählstellen links des Rheins (Somberg, Hochheim, Mors usw.) war die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe sehr schlecht. Auch jetzt machen sich immer noch keine Anzeichen wesentlicher Besserung bemerkbar. Mehrere Schlichtungskommissionen, die sich teils mit Streitigkeiten allgemeiner Natur, teils mit Schabenerkassiprüchen zu beschäftigen hatten, fanden in den einzelnen Kommissionen statt. Schabenerkassizellen wegen vertragswidriger Lohnzahlungen und Entlassungen wurden in fünf Fällen erledigt. Durch sie wurde einzelnen Kollegen eine Summe von insgesamt M. 61.72 ausgeschöpft. Ein besonderes Vorkommnis, das verdient festgehalten zu werden, ereignete sich in der am 12. Juli für den Kommissionsbezirk Duisburg-Weiderrich stattgefundenen Sitzung. Der Unternehmer Sch u m a c h e r ließ fortgesetzt elf Stunden arbeiten. Unsere Kollegen, die nur zehn Stunden arbeiteten, wurden unter Angabe allerlei nichtiger Gründe nach kurzer Zeit (meistens in den ersten sechs Tagen, während der Probezeit) entlassen. In der Sitzung verlangten wir die strikte Durchführung des § 2 des Vertrages auch von diesem Unternehmer. Trotzdem nun unersetzlich darauf hingewiesen wurde, daß eine Abtötung durch die bestimmte Festlegung der Arbeitszeit im Vertrage nicht notwendig und auch nicht zulässig sei, nahm der Vorsitzende (Unternehmer) doch eine solche vor. Bei der Abstimmung über die Frage: „Ist der Unternehmer Schumacher, Duisburg-Weiderrich berechtigt, auf seinen Arbeitsplätzen länger als zehn Stunden täglich arbeiten zu lassen?“ erlebten wir das Schauspiel, daß sich sämtliche Unternehmer, mit dem Vorsitzenden an der Spitze, dafür erklärten. Da darf man wohl fragen, was diese Herren unter einem Vertrag verstehen? Zum Lebersturz erklärten schließlich dieselben Unternehmer, die kurz vorher der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt hatten: „Wir lassen auf unsern Bauten selbstverständlich nur zehn Stunden arbeiten.“ Wie mag es in den Sinnen dieser Leute wohl aussehen? — Im weitem Verlauf der Versammlung wies der Vorsitzende, Kollege Görves, auf die notwendige Zusammenlegung der beiden Zweigvereine Duisburg und Hülshorst hin. Nach kurzer Diskussion wurde der vom Kollegen Wehring gestellte Antrag, der Verschönerung im Prinzip zuzustimmen, mit großer Majorität angenommen. In der Kommission, die mit den engeren Zweigvereinsvorständen die Vorarbeiten für die Zusammenlegung leisten soll, wurden gewählt: Herrmann Stilles-Weiderrich, Paul Schulmeier-Somberg-Mörs, Christian Schrader-Marioh und Karl Weyer-Neumühl. — Einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Bauarbeiterkongresskonferenz zu Düsseldorf gab der Kollege Wehring. Er wies an der Hand von Statistiken auf die bestehenden ungenügenden Bauarbeiterbestimmungen hin und forderte sämtliche Kollegen auf, in der Organisation mitzuwirken, um auch auf diesem Gebiet einmal menschenwürdige Zustände herbeiführen zu können. Hierzu wurde einem Kollegen, der durch Unglücksfall und Krankheit in der Familie in Not geraten ist, M. 20 Ortsunterstützung bewilligt. Mit einem kurzen Appell an die Kollegen, in Zukunft nicht in der Agitation für den Verband zu erlahmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Stäffurt. In der am 16. August abgehaltenen Generalversammlung wurde ein Vortrag gehalten über Kantensalze

Professur: „Der Weg zur Macht“. Darauf wurden die beiden dazu erscheinenden „Grundstein“-Artikel scharf unter die Lupe genommen. Die Versammlung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß die „Grundstein“-Redaktion den Genossen darüber so mißverständlich konnte. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt des Genossen Kautsky und nahm folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Zweigvereins Stahlfabrik des Zentralverbandes deutscher Maurer erklärt sich mit den Angriffen, die der „Grundstein“ gegen den Genossen Kautsky aufgeführt seiner Professur: „Der Weg zur Macht“, gerichtet hat, nicht einverstanden.“ Hierauf wurde vom Delegierten des Gewerkschaftsrates berichtet, daß am 12. September ein Gewerkschaftsfest, verbunden mit öffentlichem Aufzug, stattfindet, woran sich die Kollegen reichlich beteiligen mögen. Zum Schluß forderte der Kassierer die säumigen Mitglieder auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Leucha. Am 14. August hielt unser Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Es wurde das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik vom Juni und der Baukontrolle bekannt gegeben. Wegen der Waisfeier entpinn sich nochmals eine heftige Debatte. Da es die Kollegen abließen, sich dem Beschluß vom 14. Mai zu fügen, wurde diese Angelegenheit dahin entschieden, daß im Fall einer Unterstützung die A 3 sofort abzuziehen sind. Darauf kamen Mißstände auf dem Neubau des Unternehmers Fabner zur Sprache. Es wurde angeführt, daß die Ausschachtungs- und Betonarbeiten aller Beschreibungen spotteten. Der Beton bestand aus vierter, halber und dreiviertel Mauersteinfrüden, worüber etwas Ausschachtungsboden geschüttet wurde. Ferner wurde der Bau nur von 12 Tagen im Afford hochgeführt, wobei von früh 6 Uhr bis abends nach 6 Uhr gearbeitet wurde. Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden, diesbezüglich beschwerdeführend beim Bürgermeister vorstellig zu werden und die Unterbrechung dieser Arbeiten zu verlangen. Dann wurde einstimmig beschlossen, über den Bau die Sperre zu verhängen.

Waldenburg i. Siles. (Zahlstelle Friedland). Am 17. August fand hier eine Zahlstellenversammlung statt, in der über die Erhebung eines Lokalzuschlages von 5 % beraten wurde. Der Vorsitzende des Zweigvereins Waldenburg wies nach, daß die Einnahmen der Zahlstelle, wenn sie noch als Zweigverein bestände, zur Deckung der Ausgaben kaum gerätig hätten, sondern daß dann schon längst die Erhebung des Lokalzuschlages hätte erfolgen müssen. Zudem ging es nicht an, die Einnahmen so zu gestalten, daß die Ausgaben gerade gedeckt würden, sondern es müßte auch an die Ansammlung von Reservefonds gedacht werden; denn im nächsten Jahre würden Reserven höchst wahrscheinlich notwendig sein. Es sei also Pflicht der Friedländer Kollegen, ihr Teil dazu beizutragen, wenn sie Anspruch auf die Mittel des Zweigvereins Waldenburg haben wollten, um so mehr, als im Zweigvereinsgebiet selbst schon seit Jahren der Zuschlag erhoben werde. Wenn es Kollegen gäbe, die darüber murren, so seien dies vielfach solche, denen der gegenwärtige Beitrag schon zu hoch ist. Die Erhöhung würde ein Ansporn für sie sein, sich mehr als bisher um die Verbandangelegenheiten zu kümmern. In der Diskussion betonte der Vertreter des Textilarbeiterverbandes, Genosse Viehich, daß die organisierten Textilarbeiter am Orte bedeutend höhere Beiträge leisten als die Maurer, trotzdem sie bedeutend weniger verdienen, und daß die Bestätigung, daß durch eine Beitragserhöhung Mitgliederverluste eintreten, durchaus unbegründet sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Vorsitzenden einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, den höheren Beitrag in der letzten Augustwoche, also für die 27. Beitragswoche, in Kraft treten zu lassen. Alle Beitragsmarken werden nach dem 15. September auszugeben, wer dann noch Rückstände hat, muß diese mit höheren Beiträgen nachzahlen.

Wolfsbittel. Am 14. August fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Brenner über: „Die modernen Gewerkschaften im Klassenkampf“ referierte. Dann erläuterte der Vorsitzende die Notwendigkeit und den Zweck der Bauarbeiterjugendorganisation. Als Delegierte wurden einstimmig Goldbach (Maurer) und Kreger (Bauhilfsarbeiter) gewählt. Den schwebenden Kämpfern wurden aus der Lokalfasse A 30 bewilligt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch aufgefordert hatte, sich mehr als bisher dem politischen Leben zu widmen und an Stelle der bürgerlichen Zeitungen den „Brauenschweiger Volksfreund“ zu lesen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wronke. Den Christlichen ist es vorbehalten geblieben, einen Tarifvertrag für Wronke zu schließen. Im Jahre 1906 haben sie auf Schlichtungswegen mit dem Maurermeister Krüger ein geheimes Abkommen getroffen, und jetzt, am 26. Juli d. J., ist ein Tarif für Wronke zustande gekommen. Früher ging es nicht; die Christlichen haben die dazwischen liegende Zeit dazu benutzt, a la Königsberg, unsere Organisation abzumurfen. Das ist ihnen mit Hilfe des Unternehmers Krüger, der nach dem geheimen Abkommen von 1906 nur christlich Organisierte einstellte, auch gelungen. Wie sieht aber das Ding — Tarifvertrag genannt — aus? Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1910 und sieht bei elfstündiger (1) Arbeitszeit einen Lohn von 36 % vor. Bei Arbeiten, die über 6 km von der Stadt entfernt sind, gibt es 2 % Landgeld, für Ueberstunden 3 %, für Nacharbeit 5 %, für Sonntagsarbeit 10 %, bei Wasserarbeiten 5 % Zuschlag. Dieser Ertragszuschlag können die Christlichen sich rühmen. Die Mehrreite der Weiballe steht aber anders aus. Im benachbarten Samter besteht bereits ein vereinbarter Lohn von 40 %, in Pinnne werden 39 % und in Obornitz 38 % gezahlt. Auf diese Löhne brauchte der christliche Verband keine Rücksicht zu nehmen, da er dort nichts zu verlieren hat. Dieser Tarifabschluß ist nicht weiter als ein Verrat der Arbeiterinteressen; denn die Nachbarorte haben dadurch einen viel schwereren Stand als vordem und den Wronker Kollegen ist ein Klotz ans Bein gebunden.

Bohze. Die Versammlung am 10. August nahm die vom Kollegen Stanke gegebene Streitabrechnung entgegen, gegen die Einwendungen nicht erhoben wurden. Beim Punkt „Quartalsabrechnung“ wurde gewünscht, daß die Revisoren künftig in den Mitgliederversammlungen Bericht erstatten mögen. Es erfolgte dann die Beratung des Regulativs. Die Änderung der heute existierenden Mit-

stände wurde von allen Kollegen gewünscht, doch nicht ganz in der im Regulativ vorgeschlagenen Weise. Zunächst wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, wonach die zu gründende Zentralisation nicht den Namen „Zweigverein Katowice und Umgegend“, sondern „Zweigverein des Industriegebietes Oberschlesien“ führen soll. Bezüglich der Auflösung der Zweigvereine wurde dann einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die am 10. August in Bohze stattgefundene Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Regulativ nicht einverstanden. Sie ist der Meinung, daß sich bei Annahme desselben die Verbandsgeschäfte noch verwickelter abspielen werden. Eine Änderung des heutigen unhaltbaren Systems ist nur möglich auf der Grundlage, daß alle Mitglieder an ihrem Arbeitsort ihre Beiträge zahlen.“ Ein Kollege brachte durch recht unangebrachte Ausführungen eine solche Erregung in die Versammlung, daß diese schon vorzeitig geschlossen werden mußte.

Bohze. In der am 8. August abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde das Ergebnis der Abstimmung zur Frage der Beitragserhöhung bekanntgegeben. 94 Kollegen stimmten für, 14 Kollegen gegen die Erhöhung. Nach längerer Diskussion wurde dann beschlossen, eine Erhöhung der Beiträge von 45 auf 30 % einzutreten und die Lokalmarken vom 1. August ab wegzulassen zu lassen. Die Beitragserhöhung soll am 15. August in Kraft treten. Der Kassierbericht wurde vom Kassierer verlesen und seine Richtigkeit von den Revisoren bestätigt.

Zwönitz. Am 8. August hielt der Zweigverein nach langer Pause wieder eine Monatsversammlung ab. Trotz der langen Pause war sie nur mittelmäßig besucht, was allerdings wenig Interesse für unsere Sache zeigt. Gerade im Erzgebirge wäre es dringend nötig, etwas mehr zu agitieren und nicht mitten in der Arbeitsperiode zu schlafen. Die Hauptschuld trifft aber in erster Linie den bisherigen Vorsitzenden, Arthur Koberger, der seit Erhebung auf diesen Posten im März d. J. nicht das geringste getan hat. Alles, was er an Schriften und dergleichen angeschickt bekam, legte er achtlos oder bieleicht auch mit Achsel zuckend beiseite. Die Mitglieder mußten überhaupt nicht, ob sie noch einen Vorsitzenden hatten. Den Zweigverein zu sprengen, das war die Absicht dieses sauberen Mannes. Als am Tage nach der Versammlung, die nur auf wiederholtes Drängen der Kollegen und ohne den Vorsitzenden zustande kam, der neue Vorsitzende und der Kassierer das Verwaltungsmaterial bei ihm abholten und sie ihm ins Gesicht sagten, daß er nur darauf ausgegangen sei, den Zweigverein zugrunde zu richten, da meinte er höhnisch lachend: „Ja, das wollte ich, das war mein Plan.“ Aber er hatte die Rechnung ohne einige Kollegen gemacht, die etwas mehr Interesse an der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage haben als dieser Mann zu haben scheint. Er will nun aus unserm Verband aus- und in einen anderen eintreten, angeblich, weil unser Verband keine Arbeitslosenunterstützung zahlt. Da werden sich ja andre Verbände freuen, wenn Leute zu ihnen kommen, die nichts tun, aber im Winter gern Geld einstecken. Wer bei einem Meister gut stehen und ein bißchen Obermaurer spielen will, muß natürlich seinem Verbands den Rücken kehren und womöglich noch andre Kollegen mitnehmen. Solchen Leuten meinen wir keine Kränze nach. Die andern Kollegen möchten wir aber auffordern, die Versammlungen besser zu besuchen und nicht nach bürgerlichen Vergnügungen zu gehen. Dort können sie nicht beraten, wie wir unsere Löhne aufbessern und auf welchem Wege wir zu einer kürzeren Arbeitszeit gelangen. Das kann nur in den Versammlungen getan werden. Also, Kollegen: tretet das nächste Mal stärker an und agitiert kräftig; denn jubelnd Kollegen stehen uns in unserm Land noch fern. Gerade jetzt, wo die Regierung und die bürgerlichen Parteien den Raubzug auf die Köpfe der Arbeiter vollbracht haben, ist die beste Gelegenheit dazu. Schlagt diese Worte nicht in den Wind, sondern denkt bei jeder Gelegenheit daran; denn es tut noi, daß bei uns bessere Zeiten einkehren. Besucht auch das Versammlungslokal besser. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, dann werden auch wir vorwärts kommen.

Fliesenleger.

Gelsenkirchen. Fliesenleger. In Nr. 25 des „Grundstein“ wurde aus München berichtet, daß die Streifbroscher Gust. Daxler, Wilh. Geise und Louis Schide das Münchener Gebiet verlassen hätten, um anderwärts ihr unsauberes Handwerk auszuüben. Das Nebelkalt kam damals nach dem Ruhrgebiet, um den so hart um ihre Erträge ringenden Baumaterialienhändlern auf die Beine zu helfen. Wie der Firma Günebel & Co. in Gelsenkirchen hatten die beiden Erkennanten im bakteriologischen Institut die Glasplatten mit Einteilung (Treppeaufgänge) für A 2,80 pro qm übernommen, obwohl organisierte Kollegen versicherten, daß die Arbeit für diesen Preis nicht fertigzustellen ist. Nach drei Wochen, und nachdem sie genügend Vorschub genommen hatten, ließen sie die Arbeit liegen und überließen das Nachfilien andern, um bei der Firma Lehmann & Borchard dasselbe Spiel zu wiederholen. Diese Firma ist schon seit längerer Zeit bemüht, ihre Arbeiten billiger hergestellt zu erhalten, was nicht zuletzt auf die Rückgratlosigkeit einiger schon länger dort beschäftigter Kollegen zurückzuführen ist. Die Firma zahlte den tariflichen Affordlohn schon lange nicht mehr, und nun kommt Daxler und sagt: „Zimmer einen Pfennig nach dem andern.“ Wenn dann die Streifbroscher genügend Vorschub abgehoben haben, dann dürfen die älteren Kollegen der Firma mit ihrer wadligen Energie das Nachfilien betreiben. Die Firma verdient dabei ihr Geld und unser Tarif steht, wie so manches Gesetz im reaktionären Preußen, nur auf dem Papier. Bei der Firma Gustab Pieper ist der Zwischenmeister Wöhl immer noch „Sohn im Koche“. Ihm werden die meisten Arbeiten übertragen, während die Firma selbst nur hier und fünf christlich organisierte Legeer beschäftigt, die sich um nichts kümmern. Es ist nun Zeit, daß alle Kollegen ihre Energieleistungen absetzen und sich mehr um die Aufrechterhaltung des Tarifs kümmern, da wir sonst bald in unsere frühere Mächtigkeitszeit zurückfinken; anstatt

beim nächsten Tarifabschluß die durch die Verteuerung der Lebensmittel unbedingt erforderliche Besserung zu erreichen.

Flolierer und Steinholzleger.

Breslau. Der Streit der Flolierer dauert unerbittlich fort: Trotz eifrigster Suche in den Wäldern ganz Deutschlands nach Arbeitswilligen und den blienen Erhebungen, die von der Firma Rheinhold & Co. durch Uebertragung hiesiger Arbeiten an andre Filialen, wie Berlin, Dresden und Katowitz, gemacht werden, ist der Erfolg nur ganz minimal. Die Kollegen, die mit der Ausführung unserer Arbeiten betraut wurden, weigerten sich durchweg, Streitarbeit zu machen. Wir fordern nun alle Kollegen, besonders aber die der genannten Zahlstellen, auf, sich auch in Zukunft stets genau bei uns zu erkundigen, ob die Arbeiten für Breslau sind. Anfragen sind an: „Flolierer, Gewerkschaftshaus, Breslau“ zu richten. Bureit sind geperrt: Die Juckerfabriken Bernhardt, Schottwitz, Diehdorf, Ruchau, Schuchowitz, Gostyn, Walsch, Kletendorf und Wroclowa, die Schlachthöfe Müntzerberg, Grottau und Riegnitz, die Kreislandbesitzer in Ohlau und Riegnitz, die höhere Tischlerchule in Riegnitz, die Lampenfabrik Nolle & Sohn in Riegnitz, der Bau des Fleischermeisters Scholz-Riegnitz, das Schloß Riegnitz, die Reimsfabrik Neufals, die Tuchfabrik Salomon & Söhne in Grünberg, die Lokomotivwerkstatt Gleiwitz i. D. Schl., die Gutsverwaltungen Rabun i. D. Schl. und Wessersdorf, Sudert-Rangenbielau, Babeverwaltung Alt-Geise, Gut Baumgarten bei Greifenberg, Sanatorium Obernig und viele Neubauten dafelbst, die Getreidestellen Debus und Lüben, Kloster Trebnitz, Köpfurt (Schule), Görlitz (Furnierfabrik Lehmann), die Arbeiten allerorts für die Görlitzer Maschinenbauanstalt und für folgende Heizungsfirmen: Gebr. Ködting, Schlepfiß & Co., Oberfelder Heizungsfirma Zimmerstadt, in Probing Schlesien und Posen.

Dresden. Die hiesigen Flolierer und Steinholzleger hielten am 15. August im „Vollshaus“ ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zur Wiederaufnahme hatte sich der Flolierer Wähler eingefunden. Die Aufnahme wurde beschlossen. Im zweiten Punkt, „Streik der Dresdener Kollegen“, nahm die Versammlung Kenntnis von dem Rundschreiben der Geschäftsleitung. Nach längerer Debatte sprach die Versammlung den Kampfsenden ihre volle Solidarität aus und beschloß, Streikarbeiten sofort zurückzuziehen. Eine Anzahl Arbeiten, die von der Firma Reinhold & Co., Breslau, an die Dresdener Filiale zur Ausführung und Fertigstellung überwiesen wurden, sind von unsern Kollegen bereits zurückgewiesen worden. Kollege Haupt, der sich bei seiner Ankunft in Görlitz überzeugte, daß es Streikarbeit sei, reiste sofort wieder zurück. Ein anderer Kollege, der nach Riegnitz zur Fertigstellung der liegenden Flolierarbeiten im Schlachthof und in der Tischlerchule beordert war, kehrte dies ebenfalls ab. Für unsere im Kampfe stehenden schwebenden Arbeitbrüder wurde ein aus der Mitte der Versammlung kommender Antrag unterfüt, monach als erste Rate A 30 an das hiesige Gewerkschaftsstatell abzugeben sind. Den hiesigen Kollegen wurde das Recht, unsere örtlichen Verhältnisse zu kritisieren, abgeprochen.

Aus den Einigungsämtern.

Das Einigungsamt Essen hielt am 6. August eine Sitzung ab, in der u. a. die Frage, ob der Sitz der Firma oder der Ort, an dem die frage Verpflichtung zu erfüllen ist, bei der Entscheidung der Zuständigkeit des Einigungsamts maßgebend sein soll, dahin entschieden wurde, daß bis auf weiteres noch Maßgabe des in der Sitzung vom 22. Juni 1909 anerkannten und im Protokoll von diesem Tage niedergelegten Uebereinstimmens der Einigungsamtsvorsitzenden Geln-Barmen-Essen vom 15. Mai 1909 zu verfahren ist. Vor der endgültigen Entscheidung dieses Punktes soll noch die Zentralstelle des Deutschen Arbeiterbundes Berlin darüber gehört werden, welche Auffassung bei ihr bei den Vertragsverhandlungen über die Frage bestanden habe, ob Unternehmer, die Arbeiter auswärts beschäftigen, diesen bei ihrer Entlassung Lohn und Papiere auf der Baustelle ausändigen müssen. — In der Klagefache des Maurers Josef Kurzwel auf Wuer gegen den Bauunternehmer R. Metz dafelbst wegen Nachzahlung von A 8,72 soll festgestellt werden, welcher Lohn dem Kläger seitens des Beklagten im Herbst 1908 gezahlt worden ist. — Der Antrag des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Dortmund, die Ründigungsfrist für das Zimmergewerbe in Dortmund auf einen Tag festzusetzen, wurde abgelehnt, da sich der Ortsverband der Arbeitgeber für das Waugewerbe zu Dortmund dagegen ausgesprochen hat und eine Abänderung der Ründigungsfrist nach § 7 des Vertrages nur auf Grund gegenseitiger Vereinbarung erfolgen kann. Sollten einige Firmen vertragswidrig handeln, wie dies seitens der Arbeitnehmer behauptet wird, so würden etwaige Eingeklagte zur Entscheidung zu unterbreiten sein. — Ferner wurde festgestellt, daß das Wohngebiet Emsbetten den A m t 8 bezirkt Emsbetten umfaßt.

Internationale Maurerbewegung. Frankreich.

Jr. Paris, 12. August. Das gewerkschaftliche Leben der französischen Bauarbeiter im ersten Halbjahr 1909 war reich an Ereignissen und fruchtbringend an Erfolgen. Die Föderation der Bauarbeiterhandlakte hat im Durchschnitt des zweiten Quartals 1909 für 61.285 vollqualifizierte Mitglieder Beiträge vereinbart, gegenüber dem vierten Quartal 1908 eine Zunahme von 4000. Die effektive Mitgliederzahl dürfte 55 000 betragen. Damit ist der Verband nach zweijährigem Bestehen die stärkste gewerkschaftliche Organisation Frankreichs geworden. Auch die Kassenergebnisse haben sich trotz der relativ hohen Ausgaben für Streiks gebessert. Das Vermögen des Verbandes beträgt 42 521 Frs., was gegen den Jahresabschluß von 1908 ein Mehr von 9000 Frs. ergibt. Diese Differenz beziehen sich allerdings nur auf die Zentraltasse. Ueber die Kassen-

bestände der Syndikate, die bekanntlich nur 15 Cent. pro Monat und Mitglied abführen, liegt keinerlei Ausweis vor, doch dürfte das Vermögen der Pariser Syndikate allein, die allerdings die weitaus reichsten und stärksten sind und allein mehr als die Hälfte der Gesamtmitgliedszahl des Verbandes stellen, das Geschäft des Zentralratensstandes betragen.

Soweit Streiks in Frage kommen, sind wir auf die Berichte im Verbandsorgan angewiesen, da die Organisation keine Streikstatistik führt. Nach den Berichten, die allerdings unvollständig sind, fanden im ersten Halbjahr 59 Streiks der verschiedenen Berufe statt. Nicht einbezogen ist hier der Guerillakrieg, den die Pariser Maurer, Gipser, Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter führen. Außerdem finden wir — ein Zeichen der wachsenden Stärke der Organisation — 5 Lohnbewegungen verzeichnet, die für die Arbeiter ohne Streik erfolgreich ausgingen: Soweit darüber Berichte vorliegen, gingen auch die meisten Streiks für die Arbeiter erfolgreich zu Ende.

Ehe wir auf die bedeutendsten Streiks eingehen, müssen wir einige andere Ereignisse besprechen, die auf die Entwicklung der Organisation nicht ohne Einfluß waren. Diese Ereignisse sind erstens die Kattikrise der französischen Gewerkschaften und zweitens der in Anschluß an den zweiten Streik der Postler erklärte Generalstreik. Beide Ereignisse sind ungefähr gleichzeitig aufgetreten und trugen sich auch in ihren Ursachen und Wirkungen, so daß wir sie zusammen erörtern werden.

Die Kattikrise der Gewerkschaften rührt hauptsächlich daher, daß durch die von 1882 bis 1906 herrschende Zersplitterung der sozialistischen Partei viele intelligente Köpfe der Arbeiterbewegung sich dem Anarchismus zuwandten und ihren Einfluß in den Gewerkschaften geltend zu machen suchten. So sind die französischen Gewerkschaften von anarchistischen Ideen durchdrungen, die ihre organisatorische Entwicklung erschweren. Bei einer durch die Demission der beiden Sekretäre der Konföderation der Gewerkschaften im Februar d. J. notwendig gewordenen Ersatzwahl traten die sogenannten Reformisten, die zwar nicht für eine Verbindung der Gewerkschaften mit der Partei eintraten, sich aber von den sozialistischen Ideen leiten lassen und den englischen und deutschen Gewerkschaften nachstreben. Der syndikalistische Kandidat war Genosse Nicollet, der frühere Sekretär des Bauarbeiterverbandes. Nicollet, vor dessen organisatorischen Fähigkeiten wir die größte Achtung haben, hatte seinerzeit demissioniert, weil er mit den führenden Köpfen der Syndikalisten in der Konföderation im feinen Kriege lag. Seine Kandidatur, obwohl eine „prinzipiell“ syndikalistische, war in Wirklichkeit gegen die bisherigen Leiter der Konföderation gerichtet. Das relativ methodische Arbeiten der Bauarbeiterkonföderation, ihr schnelles Wachstum, hatten die Eifersucht und gewissenmaßen auch das Mißtrauen der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftler erregt, und die junge Organisation war deshalb gar schnell in den Verdacht des „Reformismus“ gekommen. Diesem Umstande dürfte die Niederlage Nicollets — mit 27 gegen 28 Stimmen — zuzuschreiben sein. Das wäre an sich ziemlich bedeutungslos, wenn nicht die mehr oder weniger verdeckten Angriffe der Syndikalisten die leitenden Köpfe der Organisation aufgeschreckt hätten, ihre revolutionäre Gesinnung ungewöhnlich zu betonen. Als die Führer der Postler bei dem zweiten Poststreik dessen Scheitern einzusehen begannen, wandten sie sich in der Verzweiflung an die Konföderation, damit diese durch einen Generalstreik die Situation rette. Und da waren es gerade die Bauarbeiter, die für den Generalstreik eintraten. Der Generalstreik scheiterte glücklos. Lediglich die Pariser Bauarbeiter, darunter besonders die Erdarbeiter, beteiligten sich in erheblicher Zahl. Das rief eine zweite Krise in der Konföderation hervor, die zurzeit nur äußerlich abgeschlossen ist. Innerhalb des Bauarbeiterverbandes selbst haben diese Ereignisse zwar nicht gerade einen so tiefen Eindruck gemacht, wie in anderen Gewerkschaften. Die geplante systematische Aktion in der Provinz zur Verwirklichung der Arbeitszeit ist völlig unterbrochen. Die gemachten Erhebungen sind nicht bearbeitet worden. Gegenüber dem schnellen Wachsen des ersten Jahres ist fast ein Stillstand eingetreten. Wohl ist die Zahl der Mitglieder gestiegen, aber nur durch die Neugründung oder den Anschluß von Syndikaten, deren die Föderation gegenwärtig 403 in 824 Orten zählt.

Ohne diese Neugründungen und Neuanstöße wäre ein Stillstand, wo nicht ein Rückschritt eingetreten. Vornehmlich in Paris bleibt die Situation kritisch, trotz der starken Proportionalität der Organisierten — 12 000 Maurer und Bauhilfsarbeiter, 1500 Zementierer, 10 000 Erdarbeiter, 920 Zimmerer, 100 Stukateure usw. Die am Jahresabschluss begonnene Kampagne zur Vereinfachung der sogenannten Lagerons, eine Art Zwischennmeister oder Partieführer, die die Ausführung von Bauten übernehmen, ist resultatlos verlaufen. Infolgedessen mußte die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit verlagert werden. Die Organisation der Maurer und Bauhilfsarbeiter einerseits und die der Bauunternehmer andererseits führen einen erbitterten Kleinkrieg miteinander, der auf beiden Seiten schwere Opfer fordert, ohne bisher zu bestimmten Resultaten geführt zu haben. Immerhin sind die Löhne in den letzten zwei Jahren ständig gestiegen und auch die Sonntagarbeit ist so gut wie beseitigt. Glücklich in diesem Kleinkriege waren die hauptsächlich bei dem Bau der Untergrundbahn beschäftigten Erdarbeiter, die die Stundenlöhne fast überall auf 1 Fr. — 80 s hinausgetrieben haben, wozu noch Zuschläge für ungelungene Arbeiten kommen. Die Arbeitszeit beträgt allerdings noch zehn Stunden, die „Subsisten“, die in komprimierter Luft nur acht Stunden arbeiten, ausgenommen.

Von den übrigen Streikbewegungen ist vor allem der der Raffineriearbeiter des Seidenabenteims hervorzuheben. Diese vergebene Kategorie, die sich aus ungelerten Arbeitern zusammengesetzt, arbeitete vor den Toren von Paris unter unglücklichen sanitären Verhältnissen. Grundlos, elende Arbeitsbedingungen, ständliches Wasserquartiere, keinerlei Sonntagruhe, das waren nur gezeichnet die Verhältnisse, unter denen diese Menschen jämmerlich ausgebeutet wurden. Damit ist nun nach einem erbitterten siebenwöchigen Streik aufgeräumt worden. Das Rud- und

Abordnungsproblem ist beseitigt, ein Minimallohn von 65 Cent pro Stunde und die Sonntagruhe sind eingeführt. Zu vermerken sind noch zwei Erdarbeiterstreiks mit 1000 bzw. 1400 Beteiligten in Orleans und Gobre, wovon letzterer noch nicht beendet ist. Ein sehr erbitterter Kampf, der 102 Tage währte, brachte den bereinigten Bauarbeitern von Paris neben andern Verbesserungen eine Lohnherabsetzung.

In großen und ganzen ist die Situation nicht ungünstig, doch wird es einer methodischen und großartigen Arbeit bedürfen, um die bisher gemachten Fortschritte sicherzustellen und zu erweitern.

Zentralkrankenkasse. („Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 15. bis 21. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Nowawes M. 400, Altona 300, Saarum 200, Köln a. Rh. 200, Neureppin 200, Uedermede 150, Halle 100, Sebba 100, Tegel 100, Königsberg i. Pr. 100. Summa M. 1950.

Zuschüsse erhielten: Mannheim M. 300, Leipzig - Gohlis 100, Randsbühl 100, Straßberg 100, Faulbach 100, Güstrow 70, Wärsdorf in Hessen 50. Summa M. 820.

Altona, 21. August 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bauarbeiterschutzkonferenz für Braunschweig.

Im Einverständnis mit der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz beruft der Untersekretär eine Bauarbeiterschutzkonferenz für das Herzogtum Braunschweig ein. Dieselbe findet am 12. September, vormittags 11 Uhr, in Kruses Saalbau, Goslarstraße, in Lange Lsh e i m a m P a r z, statt.

Tagesordnung: 1. Die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterschutzfrage und die hannoversche Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft. Referent Genosse G. Heine-Hamburg. 2. Der landesgesetzliche Bauarbeiterschutz im Herzogtum und die ministerielle Verordnung vom 1906. Referent Genosse R. Schulze-Braunschweig. 3. Die Agitation für den Bauarbeiterschutz in den Gewerkschaften und den einzelnen Gemeinden. Referent Genosse L. Varnstorff-Gannover. 4. Diskussion und Anträge. 5. Verschiedenes.

Werte Kollegen! Da die Schärfer schon jetzt wieder dabei sind, uns den minimalen Bauarbeiterschutz zu verschleiern, müssen wir durch die Konferenz nicht nur energisch gegen die Verschlechterungen protestieren, sondern auch verlangen, daß Verbesserungen geschaffen werden. Alle baugewerblichen Arbeiter, Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachbeder, Maler, Klempner, Steinsetzer, Steinarbeiter, Stukateure und Gipser, müssen durch Delegierte auf der Konferenz vertreten sein.

Die Bauarbeiterschutzkommission f. d. Herzogtum Braunschweig. J. A. Karl Schulze, Braunschweig, Werder 32.

Bebra. Am 16. August stürzte am Neubau der Gasanstalt das Gerüst ein und begrub unter sich drei Maurer-Genossen. Zwei davon wurden leicht, der andre schwer verletzt. Letzteren transportierte die Sanitätskolonne in das Krankenhaus zu Hersfeld.

Corbach. Am 19. August ereignete sich am Direktionsgebäude der Gummiabrik ein schwerer Unfall. Mehrere Kollegen waren in der zweiten Etage mit dem Verlesen von Gipsmörteln beschäftigt, als plötzlich das Mauerwerk nachgab und sechs bis sieben schwere Steine in die Tiefe stürzten, die dort Arbeitenden mit sich rissen. Ein Verlying war sofort tot, zwei Maurer starben am folgenden Tage. Zwei weitere Maurer sind schwer verletzt. Das Unglück ist auf die Treiberei der Unternehmer, auf die Verwendung schlechten Materials und auf die mangelhafte Rüstung zurückzuführen. In letzterer Beziehung sieht es hier recht traurig aus. Auch Verbandsgewerkschaft mußte erst aus der Fabrik herbeigeholt werden.

Gera. Am 20. August stürzte auf dem Fabrikneubau Schulenburg & Wähler ein Maurer zwei Etod hoch ab. Der Verunglückte wurde sofort in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Unfall trug sich am Kruppenhaus zu, wo von unten bis zur Höhe des zweiten Stockes kein Schutzgerüst angebracht war.

Goldeneck. Am 19. August führten an der hiesigen katholischen Kirche zwei zusammengewogene Schornsteinröhren, die einen Raum von circa 10 m überpannten, zusammen, wobei der Bauarbeiter Müller so schwer zu Schaden kam, daß er in das Reichthaler Krankenhaus überführt werden mußte. In seinem Aufkommen wird geauweilt. Der Unfall dürfte auf mangelhafte Bautionstruktion zurückzuführen sein. Ein größeres Unglück wurde nur dadurch vermieden, daß die mit dem Abputzen des Schornsteins beschäftigten Maurer zufällig etwas beiseite standen und so mit dem Schreden davonkamen.

Graubenz. Am 20. August führten in der Turnhalle der neu erbauten Volkshule in der Rehmstraße eine etwa 7 m lange und 7 m hohe, einen Stein starke Mauer sowie eine massive Dede ein, wobei zwei Maurer Verletzungen davontrugen. Dem Maurer Julius Mantel wurde der Leib gequetscht, dem Maurer Weper beide Beine. Der Unfall ist auf die leichtfertige Art der Ausführung der Arbeiten der Tiefbaufirma Jülsdorf zurückzuführen. Genannte Firma hatte die Sanalstation in der Schule zu legen. Weil das Fundament der eingeführten Mauer nicht so tief lag, wie die Sanalstationstiefe zu liegen kamen, mußte die Mauer 50 cm tief unterfangen werden.

Die Mauer war auf beiden Seiten bis auf die Sohle bloßgelegt, dann wurde angeblich kühlweise untermauert. Die Mauer, auf der die massive Dede ruhte, war durch zwei 2 m lange Bohlen und zwei 1 m lange Steifbölger abgestützt. Die beim Untermauern beschäftigten Maurer und Bauarbeiter waren etwa 1 1/2 m tief im Graben beschäftigt, als kurz vor 4 Uhr nachmittags die Mauer und Dede mit großem Brauch einstürzten. Die beiden Bauarbeiter konnten sich noch schnell in Sicherheit bringen, dagegen wurden die beiden Maurer zum Teil verbrüht. Die verletzten Maurer wurden sofort nach dem Krankenhaus geschafft. Die Unfallstelle wurde von der Staatsanwaltschaft gesperrt. Die Schule ist ein städtischer Bau, deshalb ist auch die Beamtin des Bauamts, die als Aufsichtführende die leichtfertige Abstützung der Mauer durch Jülsdorf vorher gesehen haben müssen, zweifellos mit verantwortlich zu machen. Ob's geschehen wird?

Hagen. Am Güterbahnhof stürzte am 16. August ein Maurer, Vater von sieben Kindern, von einer hohen Leiter. Er brach die Wirbelsäule und war sofort tot. Am 17. August verunglückte auf der Bahnstraße Hagen-Gasse-Geubing unter Kollege Schuchardt. Er war bei der Unterführung an der Wehling-Häuserstraße an der Aufführung einer Mauer beschäftigt. Dabei wurde er von einer Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert. Schwere innere Verletzungen und eine Gehirnverletzung führten am folgenden Tage den Tod des erst 19 Jahre alten Kollegen herbei. Man freiset uns, daß man den sonst bei Arbeiten an befahrenen Strecken üblichen Sicherheitsmann hier nicht ausgestellt hatte. Dadurch nur konnte es vorkommen, daß Schuchardt von der Maschine überrollt wurde. Das ist auch recht gut denkbar; denn es ist eine allgemeine und alte Erfahrung, daß man sich selbst an starke Geräuße habd so gewöhnt, daß sie ganz an uns vorbeigehen. Darum ist es eine feineswegs übertriebene oder überflüssige Vorsicht, bei Arbeiten an befahrenen Strecken einen Mann auszustellen, der die Arbeitenden bei herankommender Gefahr warnt. Das hat man hier nicht getan und diese Unterlassung hat den Tod unfres jungen Kollegen herbeigeführt.

Hollhausen. Auf dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Reichshof verunglückte am 14. August der Maurer Valentin Julin durch Absturz in ein Bassin von 12 bis 15 m Tiefe. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß die Abdeckung einer Stunde vorher weggenommen wurde, um anderweitig verwendet zu werden. Unser Kollege trat von der dicht am Bassin stehenden Leiter und schlug hintenüber. Er trug schwere innere Verletzungen davon, auch wurden ihm beide Arme verstaucht, das Rückenmark zerrümmert usw. Aufstrebende Firma ist Unternehmern Stöder aus Essen. Da auf diesem Bau schon ein Arbeiter zu Tode kam und mehrere schwer verletzt wurden, wäre es Pflicht der Beirathen Baupolizei gewesen, ihr Augenmerk darauf zu richten. Leider hat man bis jetzt noch keinen Kontrollleur geschickt.

Mülheim a. Rh. In der benachbarten Gemeinde Hohlweide baut ein Schreinermeister, gleichzeitig Gastwirt und Bauunternehmer, einen Kanisjal. Als Gerüstbela (Niegel) benutzt er Bierkanthölzer in einer Stärke von 8 zu 8 cm. Am 10. August brach infolge dieses vorchristlichen Gerüstzeuges das Gerüst in einer Höhe von 4 m zusammen. Der Maurer Adolf Rung stürzte mit ab- und mußte mit einer schweren Kopfverletzung in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Es ist ein Wunder, daß nicht schon mehr Unfälle vorgekommen sind, da von einer Abdeckung überhaupt nichts wahrgenommen ist.

Neuburg. Beim Aufsteigen auf eine sogenannte Wippe stürzte der Maurer C. Prüter 2 m hoch ab, wobei er sich die rechte Schulter ausrenkte.

Schleis. Am 19. August stürzte von einer Leiterung am städtischen Marktall der Maurer Richard Lieb aus Ottersdorf b. Schleis ab. Er erlitt eine schwere Gehirnverletzung und mußte behutslos in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Sein Zustand ist bedenklich. Das Unglück ist auf die mangelhafte Rüstung zurückzuführen.

Stade. Am 18. August stürzte der an der Wollfabrik mit Reparaturarbeiten beschäftigte Maurer C. Eder 5 m hoch auf Steinpflaster ab und rieg an Beinen und Rücken schwere Verletzungen davon. Die Rüstung war so schmal, daß nur drei Bretter liegen konnten. Die Arbeit wird vom Unternehmer Köster ausgeführt.

Wiesmoor. Am 13. August stürzte am Neubau der Ueberlandzentrale der Maurer Richard Elsner infolge eines Pfeiltritts aus der zweiten Etage ab. Er erlitt Verletzungen an der rechten Hand und Hüfte und befindet sich in ärztlicher Behandlung.

* Arbeiterkontrollen in Bremen? In Bremen sollen Baukontrollen aus Arbeiterkreisen angestellt werden; wenigstens hat der Senat den Bürgergesellschaften mitteilen lassen, daß es die Polizeidirektion für notwendig hält, daß zwei Baukontrollen angestellt werden. Die Polizeidirektion begründet die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme damit, daß sie sagt: „Die neue Verordnung und die ihr beigefügten Unfallverhütungsvorschriften enthalten eine große Anzahl von Einzelbestimmungen, die fast ausnahmslos von schwerwiegender Bedeutung für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und dritter Personen sind,“ und sie fügt hinzu: „Wie sich schon jetzt herausgestellt hat, werden diese Vorschriften von manchen Beteiligten nicht genügend beachtet, so daß eine wesentliche verstärkte Kontrolle nicht zu verneinen ist.“

Das ist den maßgebenden Körperschaften von den Vertretern der Arbeiterschaft in der Bürgerchaft, wo sich die Gelegenheit bot, schon öfter gesagt worden. Auch die baugewerblichen Arbeiter haben durch Resolutionen den Behörden ihre Meinungen des öftern kundgegeben. Nachdem die neue Polizeiverordnung in Kraft getreten ist, und da die Arbeiter den Behörden fortgesetzt die Mißstände vor Augen führten, scheinen die Behörden zu einer besseren Einsicht gekommen zu sein. In dem an die Bürgerchaft gelangten Bericht heißt es:

„Die bisher mit der Kontrolle beauftragten Bauaufseher sind anderweitig so stark in Anspruch genommen, als daß es möglich wäre, eine ständige Kontrolle über die Beachtung der Arbeiterkontrollbestimmungen mit dem vor-

handenen Beamtenpersonal durchzuführen. Die Polizeidirektion hält eine solche Kontrolle in der Weise für unerlässlich, daß eigens dazu berufene Beamte von Bau zu Bau gehen und die getroffenen Einrichtungen einer genauen Prüfung unterziehen. Ohne eine detaillierte Maßnahme wird die Behörde in den meisten Fällen von den vorgetragenen Verletzungen zu spät unterrichtet werden und sich auf eine nachträgliche Bekämpfung zu beschränken haben, während es vor allem darauf ankommt, rechtzeitig einzuschreiten und durch strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Unglücksfällen, soweit möglich, vorzubeugen.

Es ist erfreulich, daß die Behörde zu diesem Schritte gelangt ist und daß sie gleich einen Schritt weiter geht, indem sie auch über den Ausbau der Bautenkontrolle im Bericht weiter sagt:

„Was das Maß der Befähigung der anzustellenden Beamten anlangt, so ist die Polizeidirektion nach gutachtlicher Aeufßerung der Gewerkeämter der Ansicht, daß die zu schaffenden Stellen am geeignetsten mit älteren Beamten besetzt werden, die neben praktischer Tätigkeit und Erfahrung auch über die erforderlichen technischen Kenntnisse verfügen.“

Diese Regelung ist ein Fortschritt; es wird damit zugestanden, daß sich die Arbeiter sehr wohl dazu eignen, Aufgaben, wie sie die Bautenkontrolle stellt, zu erfüllen. Was werden die Lehmann, Straußmann, Rutenberg usw. noch in den Bürgerlichkeitsversammlungen dagegen einzuwenden haben sie es doch gerade, bei der Beratung der Polizeiverordnung die sozialdemokratischen Anträge auf Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen auf die heftigste bekämpfen. Offenlich bezogen sie diesmal eine bessere Einsicht. Wie wird aber die Gesammtheit der Arbeitergebetzung wieder brüllen!

* Arbeiter als Baukontrolleure. Die in letzter Zeit von den Arbeiter-Baukontrollkommissionen eingeleiteten Baukontrollen haben reichliches Material über Verstöße gegen die Bauvorschriften zutage gefördert. Dadurch ist den Behörden einmündiges Material zur Begründung der Arbeiterforderung auf vermehrten Bauarbeiterbeschäftigung geliefert worden. Auch die Notwendigkeit, Baukontrollen aus Arbeiterkreisen anzustellen, ergibt sich durch diese Feststellungen. Die Gegenaktion der Berufsvereinigungen konnte gegen diese Feststellungen nicht aufkommen. Jetzt will der Bremer Senat sich dazu entschließen, einen Weg zu beschreiten, den — wie es begründend heißt — „beide Parteien mitgehen können“. Der Senat hat einen Entwurf ausarbeiten lassen, der die Anstellung zweier Baukontrollen für das bremische Staatsgebiet vorsieht, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Bauten auf die Unfallverhütungsvorschriften hin zu inspizieren. Diese Kontrollen sollen aus den Beamten entnommen werden. Den Arbeiterforderungen ist damit nicht völlig Genüge getan; immerhin ist ein Schritt auf dem von ihnen gewählten Wege getan. Diese Kontrollen sollen mit vierteljährlicher Kündigung angeheft werden und ein Kündigungsfrist von 2000 bis 8000 beziehen. Die Kündigungsfrist soll deshalb vorgezogen worden sein, um die Kontrolleure in kürzester Zeit entlassen zu können, wenn sie ihr Amt zu politischen Zwecken mißbrauchen sollten.

* Die Trinkwasserfrage auf dem Verbandstage der Baugewerkschaften. Wie aus der „Baugewerkschaftszeitung“ Nr. 63 zu ersehen ist, wird sich der nächste, am 4. September dieses Jahres in Schwerin tagende baugewerkschaftliche Verbandstag auch mit einer Modifikation des Alkoholverbotes und der Trinkwasserfrage bei den Bauten zu befassen haben. Wie durch die Tagesordnung bekannt gegeben ist, hat das Reichsversicherungsamt, beantragt durch eine Eingabe der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung, den Vorstand dieses Verbandes ersucht, eine Stellungnahme und Beschlußfassung zu der Forderung herbeizuführen, wonach in die baugewerkschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung aufgenommen werden soll, daß „bei jedem Unterkunftsraum (Wohnung) ein Nebenraum mit einer Kockgelegenheit vorhanden sein muß“, worauf die beim Bau Beschäftigten die mitgebrachten Getränke oder Speisen usw. ernähren können. Wie Referenten zu dieser Sache hat der Verbandsvorstand Herrn Zimmermeister A. Nieß-Braunschwieg bestimmt.

Diese Forderung der baugewerkschaftlichen Arbeiter ist vom gesundheitslichen Standpunkt betrachtet als selbstverständlich anzusehen. Für die Baugewerkschaften liegt unzweifelhaft der Schwerpunkt wesentlich in der Frage, daß hier im Zusammenhang mit den Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen des Alkoholverbotes und des gesundheitlichen Nebenraumes nun auch die Baubude mit dem Nebenraum und der Kockgelegenheit als Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen werden soll. Im großen und ganzen ist das von einem Teil der Unternehmer und von den Baugewerkschaften schon so stillschweigend ausgedrückt worden. Schon wegen der Aufbeahrung des Verbandstages und der ersten Hilfeleistung bei Unfällen oder sonstigen Erkrankungen ist die Baubude eine notwendige Einrichtung. Auch der Nebenraum mit der Kockgelegenheit wird sich mit dem Hinweis auf die Kleinlichkeit und die Temperaturerhebungen der Sommermonate in der Baubude leicht rechtfertigen lassen, wenn man sich andersfalls nicht mindestens dazu entschließen sollte, die Unternehmer zu verpflichten, den Arbeitern zur Zeit der Arbeitspausen ungenügend genügendes laubendes Wasser zur Verfügung zu stellen. Der Referent zu diesen Fragen ist wenig vertrauenswendig. Herr Nieß als Verbandsmittglied der Hannoverischen Baugewerkschaften-Vereinskommission geht zu der bekannten Gruppe der Oberbauarbeiter. Herr Nieß macht nicht allein schon gegen die Arbeiter, sondern auch gegen das Reichsversicherungsamt und gegen alle, die sonst ein sozialpolitisches Verständnis und Interesse zeigen.

Der den Referenten sozialpolitisch verstehen lernen will, muß das Protokoll von dem Verbandstag der Baugewerkschaften zu Essen vom 1908 nachlesen. Wie dieser Herr dort so selbstbewußt bei den Be-

ratungen über die Ausstattung der baugewerkschaftlichen Jahresberichte, insbesondere bei der Frage, inwiefern der Bericht über die Überwachung der Baubetriebsstätten durch Skizzen (Zeichnungen usw.) von den Einrichtungen der Unfallverhütung und durch bildliche Darstellungen der Szenarien bemerkenswerter Unfälle besser auszufallen wäre, dem Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Herrn Dr. Kaufmann, entgegengetreten ist, war grotesk. Zu bedauern sind ernste Männer, die sich althergebrachte mit anhören müssen. Wie Herr Nieß-Braunschwieg bei seinen Betriebsstätten das Alkoholverbot durchführt und wie er sonst und seine Koliere für „geheißeres Trinkwasser“ sorgen, das wissen wahrscheinlich unsere Braunschwieger Kollegen besser und zuverlässiger als wir. Aber was die Arbeiter von dem Referat inhaltlich zu erwarten haben, das ergibt sich wohl zweifellos aus den folgenden Ausführungen des Herrn Nieß auf dem Verbandstage zu Essen:

Wir sind hier zusammengekommen, um den Wünschen entgegenzutreten, welche sich in den Bau der Unfallversicherung einmündig haben, vielfältig sich bemerkbar machen an den Versicherungen. Ein Erlaß des großen Kaisers Wilhelm leitete die Berufsvereinigungen bei ihrer Gründung an, als ihre höchste Aufgabe anzusehen, den im Beruf verletzten Arbeitern, soweit möglich, ihre Gesundheit wieder zu verschaffen und ihnen ihre Arbeitskräfte zu erhalten. Wie hat sich das inzwischen geändert! Auf dem Verbandstage der deutschen Berufsvereinigungen erklärte der Vorsitzende des Schiedsgerichts zu Köln a. Rh., daß es bedauerlich sei, daß die sozialen Gesetze eine solche Restriktion zeitig hätten, daß Simulieren und Betrug zur Erlangung einer Rente in weiten Kreisen das Volk Eingang gefunden hätten. Denn wer will heute gesund sein? Gesund will niemand sein; alle wollen krank sein und bleiben und eine Rente beziehen. Der Gedanke an die Arbeit scheint ihnen einen Fluch zu bedeuten. Wir müssen uns die Wiederherstellung der Arbeitskraft der Verletzten vielfach erzwungen. Es treten aber auch aus Verwaltungskreisen uns Wünsche entgegen, welche keine gesetzliche Grundlage haben; sehr vielfältig aber auch aus den Kreisen solcher Sozialreformer, welche keinen Auftrag haben. (Geheiter) diese ungetragene Arbeit als Sport betreiben, zu den Lasten aber nie etwas beitragen. Ich habe den Eindruck, als wenn es eine Anzahl Leute gibt, welche die soziale Gesetzgebung für sich dadurch nutzbar machen wollen, daß sie mit Vorschlägen an die Defensivität lediglich aus dem Grunde treten, um sich anderweitig zu empfehlen.“

Danach kann man sich auf allerlei Erbaulichkeiten gefaßt machen.

* Subventionen. Für die Um- und Erweiterungsarbeiten am Bahnhofs-Cassell wurden für 1900 ehm Erbauarbeiten und 2500 ehm Bauarbeiten von Siebold & Co.-Spolnmbau als Höchsthöhernde M. 68 283, von Lauterbach & Kumpff-Cassell als Mindesthöhernde M. 25 281 verlangt. Die Differenz beträgt M. 27 952.

Der „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ wird aus Essen berichtet: Der Hauptwerksbereich hatte die Arbeiten zur Herstellung der Spermauer der im Kreise Soest auszuführenden Wohnstallperron ausgeschrieben. Es handelte sich um 290000 ehm Planwert bei einem Rauminhalt von 130 Millionen Kubmeter. Das niedrigste Angebot gab eine Hallinger Firma mit M. 4 432 411 ab, das höchste eine Mannheimer Firma mit M. 4 107 080. Die Differenz beträgt also nicht weniger als M. 2 674 619. Der Kostenanschlag betrug M. 2 925 000.

Gewerkschaftliches.

* Der Streik und die Aussperrung der städtischen Arbeiter in Kiel sind beendet. Eine am 16. August abgehaltene Versammlung der Streikenden und Aussperrten hat mit 210 gegen 75 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen beschlossen, den Kampf abzugeben. Die Ursache für den Umschwung in der Sachlage bildet die Wiederaufnahme der Arbeit durch 70 Mann aus den eigenen Reihen. Der größte Mehrzahl von ihnen hat der Magistrat die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit zugehen lassen, und dieser Verlockung sind sie unterlegen. Jejn Wochen lang haben die städtischen Arbeiter zusammengehalten wie ein Mann. Der Ausgang des Kampfes wäre bei einem weiteren einmündigen Verhalten der Ausständigen im Streik noch nicht verloren gewesen. Der Magistrat befand sich in größter Verlegenheit, da kamen ihm die Ausständigen selbst zu Hilfe. Die Fahnensucht wurde ziemlich groß, die Aufhebung des Kampfes war deshalb ein Gebot der Notwendigkeit. Wesenungeachtet kann wohl behauptet werden, daß es in diesem Kampfe keinen eigentlichen Sieger gibt, denn auch der Magistrat hat nicht erreicht, was er wollte; auch er ist froh, daß der Konflikt beigelegt ist.

* Personalkritik. In die Redaktion der „Solgarbeiterzeitung“ ist das bisher als Hilfsarbeiter im Zentralbureau tätige Verbandsmitglied Franz Klinger eingetreten. Die Redaktion besteht jetzt aus zwei Redakteuren, Rayser und Klinger, denen auch die Redaktion des „Nachblattes“ obliegt.

* Die passive Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel. In dem Juliheft der „Zeitschrift des Fortschritts“ schreibt Genosse J. Deutsch-Wien über dies Thema:

Ein neues Kampfmittel der Arbeiter! Zu den abgewohnten Waffen des Streiks und Boykotts trat vor einigen Jahren die passive Resistenz und erwarb sich bald Bürgerrecht im Arsenal der kampferprobten Gewerkschaft. Was ist die passive Resistenz, von woher kommt sie? Die passive Resistenz ist ein bedrohter Streik. Der Streik, die Arbeitseinstellung, hat zum Ziele, die Produktion zum Stillstand zu bringen, dem Unternehmer damit die Quelle seines Profits zu stopfen und ihn so zur Erfüllung der Arbeiterforderungen zu zwingen. Die passive Resistenz bringt die Produktion nicht vollständig zum Stillstande, aber sie bringt sie dem Stillstande so nahe als möglich. Die Produktion wird eingedämmt. Die passive Re-

sistenz ist eine Verlangsamung des Arbeitstempoes, das zum Ziele hat, die Produktion soweit als möglich zu hemmen und so im Wesen den gleichen Effekt zu erzielen wie der Streik.

Man kann nicht sagen, daß das Kampfmittel der passiven Resistenz von einer bestimmten Person „entdeckt“ worden wäre. Wir finden vielmehr, daß unter bestimmten Verhältnissen diese Art des gewerkschaftlichen Kampfes sich Bahn brach, ohne daß vorher viel darüber gesprochen worden wäre. Der gewerkschaftliche Kampf macht ebenso wie alle andern gesellschaftlichen Erscheinungen eine seiner Eigenart entsprechende Entwicklung durch und gestaltet sich unter den bestimmenden Einflüssen seiner Umgebung die notwendige Form des Seins. So tritt an einem bestimmten Produkte der Entwicklung die passive Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel auf, sie drängt sich uns fast auf, ohne daß wir zu fragen vermöchten, die obere jene Person hätte den entscheidenden Schritt getan.

Die Voraussetzungen für die passive Resistenz sind: eine wohlentwickelte Gewerkschaft, ein kraftvoll-lebendiges Solidaritätsgefühl unter der Arbeiterklasse und ein Produktionsprozess, der seinem ganzen Wesen oder momentanen Verhältnissen nach keinerlei Aufschub duldet.

Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann bedarf es nur noch einiger praktischer Erfahrungen im gewerkschaftlichen Kampf, und wir können mit einem Male auf die passive Resistenz.

Der Streik, der den Produktionsprozess vollständig unterbindet, erfordert namhafte Leistungen der gewerkschaftlichen Organisation. Die Streikenden entbehren des Verdienstes und müssen finanziell unterstützt werden, soll es ihnen möglich sein, längere Zeit im Kampfe auszuhalten. Alle Kosten des Streikes müssen im Streik von den Arbeitern selbst getragen werden.

Da laucht der Gedanke auf, die Kosten des Streikes auf die Schulter des Feindes, der Unternehmer, abzuwälzen. Die Arbeiter bleiben im Betrieb, der Unternehmer muß ihnen den Lohn bezahlen, die Lähmung des Produktionsprozesses ist aber trotzdem herbeigeführt. So wirkt die passive Resistenz kriegskostenparend für die Arbeiter, ebenso schädlich, ja oft noch schädlicher wie die Streiks für die Unternehmer.

Freilich, die passive Resistenz ist nicht jeder Arbeiterklasse möglich, ebenso wenig wie sie zu jeder Zeit durchführbar ist. Zur passiven Resistenz gehört vor allem eine feste Disziplin. Erst wenn diese im langen gewerkschaftlichen Kampfe erprobt ist, kann überhaupt daran gedacht werden, dieses Kampfmittel zur Anwendung zu bringen. Aber auch dann bedrohen die passive Resistenz noch mancherlei Gefahren. Die Arbeiter, die sich an ihr beteiligen, sind den Einflüssen der Unternehmer und Vorgesetzten weit mehr ausgesetzt als Streikende. Außerdem entstehen unter den Arbeitern eines Betriebes leicht verschiedene Auffassungen über das Maß der Arbeitseinstellung, was zu Mißbilligungen und zu Störungen der passiven Resistenz führen kann. Im allgemeinen ist deshalb die passive Resistenz nur im Großbetriebe durchführbar, wo in der Masse der beteiligten Arbeiter die Individualität des einzelnen verschwindet und der persönliche Einfluß der Vorgesetzten weniger zur Geltung kommen kann. Eine weitere Bedingung ist die, daß die Arbeiter im Zeit- und nicht im Aktionslohn stehen. Die Arbeiter bringen selten und kaum für längere Zeit hindurch die unerfütterliche Solidarität auf, die die passive Resistenz von ihnen verlangt. Die Arbeiter sind insofern ihres wirtschaftlichen Interesses an einer individuellen Leistung der kollektiven Tat für die Gesamtheit etwas mehr entzweit als die aktiven Arbeiter.

Ermägt man die Für und Wider der passiven Resistenz, dann erscheint es als durchaus natürlich, daß in den Großbetrieben der Verfehrbetriebe, deren Arbeit einen Aufschub nicht zuläßt, dieses Kampfmittel zuerst mit größerem Erfolg zur Anwendung kommen mußte.

Die Eisenbahnen und die Post müssen glatt und sicher funktionieren, soll nicht das ganze Gerippe unserer Volkswirtschaft ins Stoden geraten. Der Verfehr ist der Kern unseres wirtschaftlichen Lebens, sein ungebrochenes Funktionieren ist Voraussetzung aller wirtschaftlichen und zu einem guten Teile — aller kulturellen Betätigung.

Die Bediensteten der Verfehrsinstitutionen kennen ihre günstige Position sehr wohl, sie wissen, daß sie eine volkswirtschaftliche Großmacht darstellen. Demgemäß richten sie ihre Taktik ein. Sie haben einige gewerkschaftliche Erfahrungen bereits zur Verfügung und ist es ihnen gelungen, einen größeren Teil der Arbeiterklasse mit dem Geiste brüderlicher Solidarität zu erfüllen, dann gelangen sie recht bald zur gewichtigen Waffe der passiven Resistenz.

Zum ersten Male wurde die passive Resistenz von den italienischen Eisenbahnern in größerem Maße angewandt. Bald darauf begeben wir uns in Oesterreich. Im Herbst des Jahres 1905 begannen die Bediensteten einer Kaffakette in Böhmen mit der planmäßigen Verlangsamung des Arbeitstempoes. Bald greift die Bewegung auf einige wichtige Hauptbahnen über.

Die Eisenbahner erklären, daß sie sich von nun an bei der Arbeit zu hauen — die von ihnen Vorgesetzten herausgegebenen Instruktionen halten werden. Dieses „vorsichtsmäßige“ Verhalten genügt, um allen Verfehr lahmzulegen. Mit Instruktionen und Reglementationen war man worden in den österreichischen Bahnbetriebsstellen nicht sparsam gewesen. Man wollte sich mit diesen Vorschriften die Verantwortung für die Unfälle im Bahnbetrieb vom Hals wälzen. Die Vorschriften wurden wohl nie eingehalten, passierte aber einmal ein Unglück, dann konnte man sich darauf berufen, daß ja die Bediensteten nicht vorschriftsgemäß gearbeitet hätten, wodurch eben der Unfall herbeigeführt worden sei.

Die Bediensteten lernten von dem Spieß um. Sie benutzten die „vorsichtsmäßige Arbeit“ als Waffe im Kampfe um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Und diese Waffe erwies sich als ungemiein wirksam. Bald stockte allerorts der Verfehr. Die Züge blieben vollends stehen oder gelangten nur mit riesigen Verpätungen ans Ziel. Viele Güter bedarfen in den Waggons, der Warenverkehr erlitt eine gewaltige Einbuße.

Die Regierung war ohnmächtig. Einestheils fühlte sie sich durch die von ihren eigenen Organen herausgegebenen Instruktionen gebunden, andererseits vermochte sie keinen Gewaltstreik zu führen, weil hinter dem Eisenbahnen in drohender Richtung das gesamte österreichische Proletariat stand, das, eben im Kampfe für das gleiche Wahlrecht begriffen, die Eisenbahnerbewegung als ein Vorbild zum allgemeinen großen Kampfe betrachtete.

Diese Eigenart der politischen Situation, die der Regierung so ungemein gefährlich war, brachte den österreichischen Eisenbahnern einen rajeigen Sieg.

Aber auch, wenn die politische Situation den Eisenbahnen weniger günstig gewesen wäre, hätte es die österreichische Regierung nicht leicht vermocht, den Widerstand der Bediensteten zu brechen. Und selbst wenn es möglich gewesen wäre, die Eisenbahner momentan niederzuwerfen, würde der endgültige Sieg der Regierung noch lange nicht gesichert gewesen sein. Die Eisenbahner waren bereits zu wohl organisiert, als daß sie hätten e d g ü l l i g geschlagen werden können. Und ähnlich liegen heute wohl die Verhältnisse in fast allen großen Industriestaaten.

Das ist es eben, was die Regierenden begreifen sollten, daß Gewaltstreich, Disziplinarmittel und dergleichen gegen so wohlorganisierte Massenbewegungen, wie es die Eisenbahner- und auch schon zum Teile die Postbedienstetenbewegung sind, auf die Dauer nichts fruchten und auch nichts fruchten können. Eine vernünftige Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist nur möglich, wenn die Interessengegensätze, die nun einmal aus der Welt, in der wir leben, nicht hinausphilosophiert werden können, friedlichen, vermittelten Geschäftigkeiten möglichst wenig Raum geben. Ebenso wie sich die Massenbewegung der Gesamtarbeiterschaft durchgesetzt, wird sich die der Verkehrsbediensteten besapfen. Mit ihr, wie mit den eigenartigen Formen des von ihnen geführten Kampfes, wird man sich allmählich allerorts abfinden müssen.

Die passive Resistenz ist ein Kampfmittel der Arbeiter, neben einer Reihe anderer, nicht minder wichtiger. Und doch ist die passive Resistenz eine größere Nervosität auf Seite der Gegner der Arbeiterbewegung auszulösen, als die andere Kampfmittel. Das mag darin seinen Grund haben, daß die passive Resistenz keine offene, vom Gegner nicht leicht fahbare Aktion darstellt. Deshalb versucht man sie als ein „unmoralisches“ Kampfmittel hinzustellen.

Das ist berechtigt, wie es immer berechtigt ist, im Kriege sentimentale Moralsprüche zu deklamieren, der Krieg ist die Entsetzung aller Gewalten. Diesen gegenüber sind wir so machtlos, daß es am besten ist, sich mit dem Veruche zu bescheiden, das Wirken der Gewalten zu erklären, ihr Wesen zu verstehen.

Die Wirksamkeit der passiven Resistenz wird schwierig darunter leiden, daß sich einige Leute moralisch entrichten von ihr abfinden. Darum bleibe bei der Bewertung die Moral am besten etwas beiseite. Die passive Resistenz mußte, wie wir zeigten, an einem bestimmten Punkte der gewerkschaftlichen Entwicklung entstehen; sie darf nicht anders gewertet werden, als die übrigen Waffen der modernen Gewerkschaftsorganisation.

Genosse Deutsch ist Oesterreicher, deshalb schreibt er von den organisierten Massenbewegungen der Eisenbahner; bei uns sind sie unbekannt. Wir drücken diese Studie ab, um unsre Kollegen mit dem sojagigen neuen Kampfmittel bekannt zu machen, nicht um es ihnen zu empfehlen; denn zu seiner Anwendung im Baugewerbe scheinen uns alle Voraussetzungen zu fehlen.

Verchiedenes.

* Folgende überwärtige Reimerfunde fanden kürzlich in dem frommen überatholischen „Echo vom Niederrhein“:

Ich bin ein guter Arbeitsmann,

(Mel.: Ich bin der Doktor Eisenbart.)

Ich bin ein guter Arbeitsmann,

Kirrenwreitombom.

Das sieht man mir sofort schon an,

Kirrenwreitombom.

Ich muß jede Stunde aus,

Kirrenwreitombom.

Und geh' des Abends froh nach Haus,

Kirrenwreitombom.

So mach' ich's jeden Wochentag,

Kirrenwreitombom.

Für Frau und Kinder ich mich plag',

Kirrenwreitombom.

Doch Sonn- und Festtags geh ich aus,

Kirrenwreitombom.

Zu beten in dem Gotteshaus,

Kirrenwreitombom.

Auch bin ich Mitglied des Vereins

Kirrenwreitombom.

Der Arbeitsteu' in diesem Kreis,

Kirrenwreitombom.

Und wenn es geht um Tisch des Herrn,

Kirrenwreitombom.

Dann bin ich auch dabei so gern

Kirrenwreitombom.

Mit „Juchheikassa“ und „Kirrenwreitombom“ zum „Tisch des Herrn“ zu gehen — ist das nicht der reine Hohn auf die Religion und die kirchlichen Einrichtungen?

Briefkasten.

August Bürger, Okerhausen. Das Maurerleberbuch „Zunadmi“ ist nicht von der Redaktion des „Grundstein“, sondern von der Buchhandlung Auer & Co., Hamburg, Fehlandstr. 11, zu beziehen.

M. S. in E. Erscheint in den nächsten Wochen, sobald wir wieder etwas mehr Luft haben. Gruß!

W. P. 20. 1. In zehn Jahren. Was mit Frage 2 gemeint sein soll, konnten wir nicht verstehen.

G. S. in E., Nr. 457 653. Deine Sade liegt so: Nach § 636 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist der Pächter verpflichtet, die verpachtete Sache in einem solchen Zustande zu erhalten, daß sie zu dem beabsichtigten und vereinbarten Zwecke brauchbar ist. Gerat die Sache während der Pachtzeit in einen Zustand, der zu dem vertragsmäßigen Gebrauche nicht mehr oder teilweise nicht mehr geeignet ist, so hat der Pächter einen flagranten Anspruch auf Herstellung eines zum vertragsmäßigen Gebrauche geeigneten Zustandes und, wenn diesem Anspruche nicht Folge gegeben wird, einen Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung. Du hast nun die Pacht auch für den durch Ueberstimmung unbrauchbar gewordenen Teil des Landes geahnt und kannst, da Deinen Ansprüche auf Herstellung eines gebrauchsfähigen Zustandes nicht genügt wurde, den Erfolg für die Fläche einlangen, die Du wegen des schlechten Zustandes des Landes nicht ernten konntest. Die Klage ist beim Amtsgericht anhängig zu machen. Der Pachtvertrag hätte zwar schriftlich abgeschlossen werden müssen, doch ist er nun nicht nötig, er gilt vielmehr als auf unbestimmte Zeit abgeschloffen, woraus sich ergibt, daß Du ihn noch einmal besonders kündigen mußt, obwohl er nach der mündlichen Vereinbarung mit diesem Jahre abläuft.

Anna, Stadtenborf. Die Berichte enthalten nur Klagen über schlechten Verammlungsablauf. Wir verwelken die Kollegen auf den Artikel „Unser Organisationsleben“ in dieser Nummer.

Königshütte. Der Bericht enthält nichts Mitleidenswertes. **Jos. W., Reimsch.** Wir vermögen aus Deiner Zuschrift mit dem besten Willen nicht klar zu werden und können Dir deshalb keine Antwort geben.

Reicholz. Anonyme Berichte nehmen wir nicht auf. **W. D. in Str.** Wir können diese Fragen nicht ohne weiteres beantworten: Auf alle Fälle wird es gut sein, wenn sich der Kollege einen Anwalt nimmt.

Schillinghoff. Der Bericht war ein Auszug aus einem Vortrag. Der Platz im „Grundstein“ ist so knapp, daß wir solche Sachen nicht abdrucken können. Außerdem war das Papier auf beiden Seiten beschriebener.

S. S. in Dorf. Zuständig ist die Handwerkskammer in Altona, an die sich der gesetzliche Vertreter des Lehrlings (Vater oder Vormund) beschwerdeführend wenden muß. Auf Verlangen wird der Kollege Hugo Kober, Hamburg, Wesenberhof 56, die Sache in die Hand nehmen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 S.)

Berlin. (Sektion der Pöge). Am 13. August starb plötzlich unser Mitglied **Paul Eckert** aus Steglitz infolge Abstruz vom Gerüst. — Am 16. August starb unser Ehrenmitglied **Fritz Grätz** im Alter von 78 Jahren.

Cassel. Zahlstelle Sand. Am 20. August starb unser Verbandskollege **Georg Landau** im Alter von 24 Jahren infolge eines Baunnsalles.

Döbeln. Am 11. August starb unser Kollege **Otto Seibold** im Alter von 88 Jahren an Nieren- und Lungenleiden.

Dresden. Am 10. August starb unser Kollege **Hugo Winkler** im Alter von 82 Jahren an Gehirnblutung. — Am 10. August starb der Kollege **Ernst Richter** aus Seifersdorf bei Madenberg im Alter von 58 Jahren. — Am 20. August starb unser Kollege **Ernst Winkler** aus B a c h w i g im Alter von 47 Jahren an Blinddarmentzündung.

Ertner. Am 22. August starb unser Ehrenmitglied **Karl Schlaake** im Alter von 46 Jahren an Magenkrebs.

Gagen i. B. Am 18. August starb unser Kollege **Schuchardt** an den Folgen eines Unfalles. Kollege Schuchardt war erst 19 Jahre alt.

Karlsruhe. E g g e n s t e i n. Am 15. August starb unser treuer Zahlstellenleiter, Kollege **Jakob Fr. Stern**, im Alter von 87 Jahren an Typhus. — E r d b i n g e n. Am 19. August starb unser treuer Verbandskollege **Joh. Jakob Scheidt** im Alter von 57 Jahren an Rheumatismus.

Ludwigslust. Am 18. August starb unser Kollege **F. Tiede** im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.

Mühlberg a. d. Elbe. Am 17. August starb unser treuer Kollege **Hermann Thiele** im Alter von 60 Jahren an Brustfellentzündung.

Straßburg i. Elz. Am 18. August starb unser Kollege **Josef Haag** im Alter von 85 Jahren.

Strauberg. Am 17. August wurde unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Nickel** im Straußsee tot aufgefunden.

Vorzheim. Am 19. August starb unser Kollege **Jakob Metzner** im 80. Lebensjahre an Lungen-schwindsucht.

Weiskensfeld a. d. S. Am 15. August starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Wilhelm Bühler** aus Langenborf im Alter von 59 Jahren.

Zittau. Am 17. August starb nach langem Krankenlager unser Verbandskollege **Ernst Eißler** aus Bertsdorf an Hämorrhoidalbluten.

Ehre ihrem Andenken!

Vor meiner Abreise nach Amerika rufe ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten ein herzliches „Lebt wohl!“ zu.
Richard Raumnuth aus Glag.

Ernst Näther, geb. 4. Juli 1860 zu Oelsch bei Leipzig, Verb.-Nr. 880 681, wird vom Zweigverein Spremberg um Abgabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Vorstand des Zweigvereins Spremberg Mitteilung zu machen. [M. 1,80]

Artur Musche, Verb.-Nr. 846 834, wird aufgefordert, seine Adresse an den Kollegen **Jakob Ritterwald, Saltern i. B.,** Baberunummerstr. 30, einzulassen, damit ihm sein Geld vom Unternehmer Körber zugeandt werden kann. [M. 1,80]
Der Vorstand des Zweigvereins Herne.

Edmund Wenk, geboren am 8. Januar 1886 in Reichenbach, seine Adresse an den Kollegen **Jakob Huldreich Fernakäse, Jena,** Marxbestieg Nr. 67, mitzuteilen. [M. 1,80]
Der Vorstand des Zweigvereins Jena.

Glabbek i. Westf.
Unsre Zahlstelle feiert Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Köcker ihr diesjähriges **Zahlstellenfest.**
Wir erlangen die Kollegen, vollständig zu erscheinen; auch sind die Kollegen aus dem umliegenden Zahlstellen freundlich eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Königshütte.
Sonnabend, den 4. September, abends 7½ Uhr:
Erstes Stiftungsfest
im Stablflement „Kaiserhof“, Ecke Kaiser- u. Friedrichstraße, wozu hierdurch sämtliche Kollegen von Königshütte und Umgegend freundlich eingeladen werden. [M. 3] Das Festkomitee.

Strehlen i. Schl.
Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, feiert der Zweigverein sein **Erstes Stiftungsfest** bestehend in Feste und Tanztränzchen.
Alle Kollegen, auch die aus der Umgegend, werden dazu freundlich eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Adressenveränderungen.
(V bedeutet Vorstands-, K Kassier-, L Verbandsrat, H Herberge, RZ Weiterunterstützung wird ausgesetzt bei.)
Königshütte. V Feltz Karwalt, Bagarstr. 24.

Verammlungs-Anzeiger.
Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verammlungen zu besuchen.

Verbandsverammlungen der Maurer.
Sonnabend, den 28. August.
Burgdorf. Abends 8½ Uhr im „Schützenhaus“. Wichtige Tagesordnung!
Sonntag, den 29. August.

Bergen a. R. Nachm. 3 Uhr bei Jfm.
Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3½ Uhr im „Barbarossagarten“.
Hersbruck. Am Gelphaus „Zum Hirschen“. Mitgliederbäder sind mitzubringen.
Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Kowalla, „Kaiserhof“. Refektorium ist anzufuchen.
Wasungen. Nachm. 3 Uhr im „Paradies“. Z.-D. Stiftungsfest.
Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz.

Dienstag, den 31. August.
Salzwedel. Abends 8½ Uhr bei S. Müller, Mittelstr. 12. Z.-D.: Ausflug nach Arenberg. Mitgliederbäder mitbringen.

Mittwoch, den 1. September.
Wittenberg. Abends 8½ Uhr bei E. L. in der Gasse.
Königshütte. Abends 8 Uhr im Werkstattdirektorat, Ringstr. 8. Mitgliederbäder sind mitzubringen.

Donnerstag, den 2. September.
Glogau. Abends 8½ Uhr im „Kaiserhof“.

Sonnabend, den 4. September.
Muskau. Abends 8 Uhr bei Wreßke. Mitgliederbäder sind mitzubringen.
Sonntag, den 5. September:

Dreetz. Nachm. 2 Uhr bei Dillert.
Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Potenberg. Tagesordnung wichtig!
Wittstock. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Carl Müller, Herberge.
Woldenberg. Nachm. 3 Uhr bei Schuster.